

Christ und Politik

50 ANTWORTEN AUF KRITISCHE EINWÄNDE

Thomas Schirmacher • Daniel Suter • Markus Wäfler • Stéphane Derron



EDU+UDF

Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Thomas Schirmmacher • Daniel Suter • Markus Wäfler • Stéphane Derron

Christ und Politik

54 Antworten auf kritische Einwände

Herausgeberin:
Eidgenössisch-Demokratischen Union
EDU Kanton Zürich
Zelglistr. 16
Postfach 156
8634 Hombrechtikon

Korrektorat: Arthur Swoboda

1. Auflage 2005
2. korrigierte und erweiterte Auflage 2006

Druck:
Hasler-Druck AG
Alte Landstrasse 248
8708 Männedorf

Widmung

**Der EDU
zu ihrem 30. Geburtstag
im Jahr 2005
gewidmet.**

«Ich kenne euer Tun.
Ich habe euch eine Tür geöffnet,
die niemand zuschliessen kann.
Eure Kraft ist klein.
Trotzdem habt ihr euch
nach meinem Wort gerichtet
und das Bekenntnis zu mir nicht widerrufen.»
(Offb 3,8)

«Ich verkünde euch jetzt die Gebote
und Rechtsbestimmungen, so wie sie mir
der Herr, mein Gott, für euch gegeben hat,
damit ihr sie befolgt [...] Dann werdet
ihr unter den Völkern für eure Weisheit
berühmt werden. Denn wenn die
andern Völker hören, nach was für
Geboten ihr lebt, werden sie voll
Achtung auf euch blicken und sagen:
«Wie klug und einsichtig ist doch dieses
grosse Volk!» [...] Und kein anderes
grosses Volk hat so gute Gebote und
Rechtsbestimmungen wie die, die ich
euch heute gebe» (5Mose 4,5–8).

«Das Gesetz ist der heilige Wille Gottes,
und die Gebote sind heilig,
gerecht und gut (Rö 7,12).

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser

Christ und Politik ist ein häufig diskutiertes Thema. Hier werden konkrete Einwände gegen das christliche Engagement in der Politik von Politikern und Theologen beantwortet.

Dieses Büchlein macht deutlich, dass es viele gute Gründe für ein überzeugtes christlich-politisches Engagement gibt. Die vielen Bibelzitate und Verweisstellen zeigen, dass christliche Politik in der Bibel verwurzelt ist. Gleichzeitig erhalten Sie einen Einblick in die Grundlagen einer christlichen Politik.

Die Fragen und Einwände sind nach sieben Themenbereichen übersichtlich geordnet. So erhalten Sie raschen Zugang zu den Sie interessierenden Fragen und Antworten.

Falls Sie eine Antwort nicht befriedigt, Sie eine bessere haben oder wenn Sie uns sonst etwas mitteilen möchten, schreiben Sie bitte an folgende Adresse:

EDU Kanton Zürich
Sekretariat
Zelglistr. 16
Postfach 156
8634 Hombrechtikon

E-Mail: christundpolitik@edu-zh.ch

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Inhalt	4
Was sind Politik und Staat?	5–10
Politik im Neuen Testament?	11–20
Politik oder Gemeinde, Evangelisation, Mission?	21–31
Politik in der Endzeit?	32–37
Sind Politik und Christsein vereinbar?	38–51
Ist christliche Politik möglich?	52–79
Ist christliche Politik etwas für mich und meine Gemeinde?	80–87
Autoren	88

Politik, wie sie hier verstanden wird, ordnet das öffentliche Leben einer Gesellschaft. Alles, was uns als Bürger und Bewohner gemeinsam angeht, ist politisch. In der Politik geht es um das gemeinsame Leben, um den Nächsten, um das allgemeine Wohlergehen einer Volksgemeinschaft. In diesem Sinn ist Eigennutz oder Egoismus das Gegenteil von politischem Engagement.

Politik geht alle Menschen an, weil sie Teil einer Gemeinschaft sind und füreinander Verantwortung tragen. Der griechische Philosoph Aristoteles nannte den Menschen zu Recht ein «politisches Wesen».

**Politik ist all das,
was uns gemeinsam angeht.**

1.

«Was ist Politik?»

Was tust du für mich, was tu ich für dich?

Politik sorgt dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Sie definiert gegenseitige Rechte und Pflichten, die zwischen Einzelpersonen und der Gemeinschaft bestehen. Auch gegenüber anderen Teilen der Schöpfung (Tiere, Umwelt) bestehen gegenseitige Rechte und Pflichten. Die Menschen sind für die Umwelt und die Tiere verantwortlich. Umgekehrt sollen die Menschen von der Umwelt und den Tieren leben. Christliche Politik erweitert dieses Beziehungsverhältnis um eine entscheidende Dimension: Gott. Aus christlicher Sicht bestehen gegenseitige Rechte und Pflichten zwischen Gott, Einzelpersonen, der menschlichen Gemeinschaft und der restlichen Schöpfung.

**Aus christlicher Sicht
bestehen gegenseitige
Rechte und Pflichten
zwischen Gott, Einzel-
personen, der Gesellschaft
und dem Rest der Schöpfung.**

Welche Rechte hat beispielsweise ein Volk, die es Gott gegenüber geltend machen kann? Der Schöpfer hat sich unter anderem verpflichtet, für die Lebensgrundlagen seiner Geschöpfe zu sorgen (siehe Apg 14,17, 1Mose 8,22, Ps 104,30). Es heisst auch, dass er durch sein Wort den Bestand des Weltalls sichert (Hebr 1,3). Würde Gott seinen Lebenshauch zurückhalten, würde alles Leben augenblicklich zu Staub (Hiob

Für jedes Volk hat er im Voraus bestimmt, wie lange es bestehen und in welchen Grenzen es leben soll. Und er hat gewollt, dass die Menschen ihn suchen, damit sie ihn vielleicht ertasten und finden könnten. Denn er ist ja jedem von uns ganz nahe. Durch ihn leben wir doch, regen wir uns, sind wir (Apg 17,26–28)!

34,14f.). Somit darf jedes Volk von Gott die nötigen Lebensgrundlagen wie auch seinen Lebensraum «einfordern». Es darf sich auch an ihn um Hilfe wenden, wenn diese von jemandem bedroht werden (siehe auch Apg 17,25–28). Umgekehrt ist es die Pflicht eines Volkes, Gott zu suchen. Das heisst, seine Weisung zu suchen und gemäss seinen Geboten zu leben. In dem Mass, wie sich ein Volk nach den Ordnungen Gottes richtet, darf es mit dem Schutz und der Hilfe Gottes rechnen, ja sie rechtmässig von ihm «fordern».

Politik geht uns alle an

Wasser- und Stromversorgung, Umweltschutz, Strassenverkehr, Schule oder Altersvorsorge sind nur einige Lebensbereiche, die zur Politik gehören. Auch Steuern, Schutz der Grund- und Freiheitsrechte, Heiraten, Hausbau, öffentliche Sicherheit, Drogenpolitik oder Sterbehilfe gehören dazu. In all diesen Bereichen bestehen gegenseitige Rechte und Pflichten. Diese Verhältnisse möglichst ausgewogen zu formulieren, ist die Aufgabe der Politik. Christliche Politik orientiert sich dabei an den in der Bibel offenbarten Richtlinien, denn ein Volk blüht auf, wenn es sich an Gottes Gesetz hält (Spr 29,18).

2.

«Was ist der Staat?»

Unter dem Begriff Staat kann sowohl der Nationalstaat, das Land, das Volk oder die Staatsgewalt verstanden werden. Mit Staat meinen wir hier die Staatsgewalt.

Der Staat besteht in unserer Demokratie aus der Legislative (Parlamente, Landsgemeinde), der Exekutive (Regierung) und der Judikative (Gerichte) mit den dazugehörigen Verwaltungen. Diese drei Staatsgewalten gibt es auf allen Stufen von Gemeinde, Kanton und Bund. In der schweizerischen Demokratie ist bei Volksabstimmungen auch das Volk an der Gesetzgebung beteiligt. Diese schweizerische Besonderheit nennt man in den Landsgemeindekantonen direkte und in der restlichen Eidgenossenschaft halbdirekte Demokratie.

Der Staat sorgt für Recht und Ordnung

Der Staat ist diejenige gesellschaftliche Institution, die berechtigt und verpflichtet ist, Gerechtigkeit unter Androhung von Strafe und nötigenfalls gewaltsam durchzusetzen. Andere Akteure wie Einzelpersonen, Familien, Kirchen, Hilfswerke, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften oder Parteien haben keine gesetzgeberische Kompetenz und auch nicht das Recht, Gesetze mit Gewaltmitteln durchzusetzen. Der Staat aber besitzt auf seinem Hoheitsgebiet das Gewaltmonopol. Das hat er zur Sicherung und Wiederherstellung von Recht und Ordnung und zur Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit auszuüben. Das ist die spezifische Aufgabe des Staates, die niemand anders ausüben kann und darf.

Kurz gesagt, ist der Staat diejenige gesellschaftliche Institution, die dafür sorgt, dass die von der Politik definierten gegenseitigen Rechte und Pflichten in Gesetzen verbindlich formuliert und eingehalten werden. Der

Der Staat handelt im Auftrag Gottes. Darum ist es richtig, sich für den Staat einzusetzen, aber auch dafür zu sorgen, dass Staat und Gesellschaft Gottes Auftrag kennen und beachten. – Das kann durch niemanden besser geschehen als durch Christen.

Staat muss die Einhaltung dieser Gesetze nötigenfalls gewaltsam erzwingen.

Der Staat handelt gemäss Röm 13,1–7 im Auftrag Gottes. Darum kann es nur richtig sein, sich für den Staat einzusetzen. Dazu gehört, dafür zu sorgen, dass Staat und Gesellschaft Gottes Auftrag kennen und beachten. Wenn der Staat «Gottes Diener» ist, dann können ihn die anderen Diener Gottes, nämlich die Gläubigen, nicht ignorieren oder sich selbst überlassen. Im berühmten Kapitel des Apostels Paulus zum Staat heisst es:

«Alle ohne Ausnahme müssen sich den Trägern der Staatsgewalt unterordnen. Denn es gibt keine staatliche Macht, die nicht von Gott kommt. Die jeweiligen Amtsträger sind von ihm eingesetzt. Wer sich also gegen die staatliche Ordnung auflehnt, widersetzt sich der Anordnung Gottes, und wer das tut, zieht sich damit die Verurteilung im Gericht Gottes zu.

Vor den staatlichen Machthabern müssen sich nicht die fürchten, die Gutes tun, sondern nur die, die Böses tun. Wenn du also ohne Angst vor der Staatsgewalt leben willst, dann tu, was recht ist, und sie wird dich dafür loben. Denn die staatliche Macht steht im Dienst Gottes, um dich zum Tun des Guten anzuspornen. Wenn du aber Böses tust, musst du dich vor ihr fürchten. Ihre Vertreter tragen nicht umsonst das Schwert. Sie stehen im Dienst Gottes und vollstrecken sein Urteil an denen, die Böses tun. Darum müsst ihr euch der Staatsgewalt unterordnen, nicht nur aus Furcht vor dem Gericht Gottes, sondern auch, weil euer Gewissen euch dazu anhält.

Deshalb zahlt ihr ja auch Steuern. Denn die Staatsbeamten handeln als Beamte Gottes, wenn sie beharrlich darauf bestehen. Gebt also jedem, was ihr ihm schuldig seid! Wem Steuern zustehen, dem zahlt Steuern, wem Zoll zusteht, dem zahlt Zoll. Wem Respekt zusteht, dem erweist Respekt, und wem Ehre zusteht, dem erweist Ehre.» (Röm 13,1–7)

Zum Wohl der Menschen braucht es die Staatsgewalt im Sinne eines Rechtsstaats. Wobei die Bibel Rechtsstaatlichkeit sowohl formell als auch materiell versteht. Das heisst, die Staatstätigkeit soll einerseits ordnungsgemäss, das heisst gesetzeskonform und andererseits der Gerechtigkeit verpflichtet sein. Dass formelle Rechtmässigkeit nicht genügt, macht der Apostel Paulus damit deutlich, dass er moralische Qualitäten für das staatliche Handeln fordert: Er spricht wiederholt von «Gut» und «Böse».

3.

«Was sind die Hauptlehren aus Römer 13?»

Ein Rechtsstaat unter Gott

Dabei ist klar, dass die Kriterien für Gut und Böse die Gebote Gottes sind, nicht das Rechtsempfinden der Politiker oder des Volkes. Die Staatsbeamten werden von Gott eingesetzt, auch wenn sie von Menschen gewählt werden und handeln somit in *seinem* Auftrag. Sie vollstrecken *sein* Urteil an denen, die Böses tun. Der Staat soll für Recht und Ordnung nach biblischen Massstäben sorgen, denn es sollen sich nicht diejenigen fürchten, die Gutes tun, sondern nur die, die Böses tun. So sagt es auch der Prophet Jesaja: «Lernt Gutes zu tun, sorgt für Gerechtigkeit, haltet die Gewalttätigen in Schranken, helft den Waisen und Witwen zu ihrem Recht!»

Für gottesfürchtige Behörden war das Evangelium noch nie ein Problem. Wenn sich der Staat und seine Beamten bei ihrer Tätigkeit nicht an den Geboten Gottes orientieren, sind sie schlechte Diener Gottes. – Das kann auch daran liegen, dass es unter den Beamten und Politikern kaum bekennende Christen gibt.

Gott erwartet, dass sich die Bürger den Behörden unterordnen, denn er erwartet, dass sich die Behörden ihm unterordnen.

Gott will, dass sich die Bürger den Behörden unterordnen. Das bedeutet zum Beispiel ganz praktisch: *mitarbeiten*. «Erinnere alle in der Gemeinde daran, sich der Regierung und den staatlichen Behörden unterzuordnen. Sie sollen ihnen gehorchen und darüber hinaus bereit sein, bei allem Guten mitzuwirken» (Tit 3,1).

4.

Ist es wirklich wahr, dass jede Staatsgewalt von Gott eingesetzt ist?

Der Staat ist Gottes Idee. Es gab schon viele Versuche zu erklären, warum es in der Menschheitsgeschichte dazu kam, dass es so etwas wie einen Staat gibt. Historisch kann die Frage kaum geklärt werden. Die Erklärungen bestätigen am Ende eigentlich bloss, dass es vernünftig und vorteilhaft ist, eine Institution zu haben, welche bevollmächtigt ist, Recht zu setzen und durchzusetzen.

Gott hat das Recht und nimmt es wahr

Gott ist der Schöpfer des Staates und damit auch berechtigt, seine Aufgaben zu definieren. Der Staat ist Gottes Diener, d. h. sein Beauftragter. Von daher erhält der Staat und seine Repräsentanten Würde und Macht. Der Staat ist berechtigt, für seine Tätigkeiten Steuern und Gebühren zu erheben. Er ist berechtigt, das Recht mit dem Schwert durchzusetzen. Damit verbunden ist andererseits, dass der Staat vor Gott verantwortlich ist. Die Repräsentanten des Staates handeln als Beamte Gottes.

«Er verändert das Bestehende und gibt allem seine Frist; er setzt Könige ab und setzt Könige ein» (Dan 2,21).

Diese Tatsachen machen deutlich, wie sehr Gott in der Politik involviert ist. Politik ist für Gott keine Nebensächlichkei. Er kümmert sich ganz persönlich darum: «Er verändert das Bestehende und gibt allem seine Frist; er setzt Könige ab und setzt Könige ein (Dan 2,21).

Gott begründet das Recht, Politiker in ihr Amt einzusetzen und sie auch wieder daraus zu entfernen, mit seiner Autorität als Schöpfer: «Ich bin es, der durch seine gewaltige Kraft und Macht die Erde geschaffen hat mit allen Menschen und Tieren, die darauf leben. Ich kann sie geben, wem ich will. Jetzt gebe ich alle eure Länder in die Hand meines Bevollmächtigten, des Königs Nebukadnezar von Babylonien; [...] alle Völker sollen ihm dienen, ihm, seinem Sohn und seinem Enkel, bis auch für sein eigenes Land die Zeit kommt, dass es grossen Völkern und mächtigen Königen unterworfen wird» (Jer 27,5–7). Siehe auch Dan 2,37f.; 4,22b.

Jesus stand dem Statthalter Roms in Jerusalem gegenüber. Pilatus stand vor der Entscheidung, ob Jesus aufgrund des römischen Rechts zum Tode verurteilt werden sollte. Da sagte ihm Jesus: «Du hättest keine Macht über mich, wenn sie dir nicht von Gott gegeben wäre» (Joh 19,11). Damit machte er dem Richter deutlich, dass Gott ihm das Urteil in die Hand gegeben hatte. Er war selbst verantwortlich für sein Tun. Pilatus versuchte daraufhin nochmals, Jesus freizulassen. Wir kennen den Ausgang der Geschichte.

Der Prozess gegen Jesus scheiterte in diesem Fall nicht am römischen Staat und seinen Gesetzen, sondern am Charakter des Pilatus. Er hatte ein angeschlagenes Verhältnis zur Wahrheit (Joh 18,38). Zudem war seine Angst vor den Menschen grösser als seine Ehrfurcht vor Gott (Joh 19,12). Noch heute sind dies Stolperdrähte in der Politik, an denen mancher zu Fall kommt. Zu Recht heisst es darum: «Menschenfurcht ist ein Fallstrick; wer aber auf den Herrn vertraut, der ist geborgen» (Spr 29,25).

Jesus Christus ist unser Erlöser. Darin brauchen wir ihn nicht nachzuahmen. Er ist aber auch unser Vorbild. Er lehrte die Menschen, wie sie mit Gott ins Reine kommen konnten. Er lehrte sie die Gebote der Thora zu befolgen. Er heilte Kranke. Diesen Auftrag hat er seinen Nachfolgern weitergegeben (Mt 28,18–20).

Aus damaliger Sicht war Jesus hochgradig politisch. Seine Lehre hatte eine so grosse Wirkung auf die Gesellschaft, dass sich alle politischen Instanzen mit ihm beschäftigten. An Jesus zeigt sich ganz deutlich, dass das Evangelium eine Kraft ist, welche die gesellschaftliche Ordnung bis heute verändert. Das Evangelium ist die Kraft Gottes, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen neu ordnet. Darum beeinflusst das Evangelium grundsätzlich alle Lebensbereiche des Menschen – auch die politischen.

5.

«Jesus war kein Politiker. Er predigte das Evangelium und heilte Kranke. Darum sollten Christen auch nicht politisieren.»

Was Jesus den Politikern sagt

Jesus wandte sich ganz explizit an die Regierenden seiner Zeit. Johannes der Täufer und Jesus waren bereit, König Herodes wegen seiner Amtsführung und seines Lebenswandels öffentlich zu kritisieren und dafür ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Johannes der Täufer ermahnte König Herodes, dass er nach jüdischem Recht

An Jesus zeigt sich ganz deutlich, dass das Evangelium eine Kraft ist, welche die gesellschaftliche Ordnung bis heute verändert.

seine Frau nicht hätte heiraten dürfen (Begründung: 3Mose 20,16+21). Dafür verlor er letztlich sein Leben (Lk 3,19–20; Mt 14,3–5; Mk 6,17–20). Jesus sagte zu jemandem, der ihm mitteilte, dass ihn Herodes töten lassen will: «Gehe hin und sage diesem Fuchs ...» (Lk 13,31–32). Den Schriftgelehrten und Pharisäern warf

er vor, ungerechte Richter zu sein, die Waisen und Witwen ins Unglück stürzen (Mk 12,40).

Politiker, die dem Vorbild von Jesus folgen, sehen die persönlichen Nöte ihrer Kollegen und beten für sie. Sie sehen die Missstände und Ungerechtigkeiten im Staat und machen sich für Verbesserungen stark.

Der Einwand, dass Jesus kein Politiker war und Christen sich deswegen nicht politisch engagieren sollten scheidet an mehreren Dingen. Obschon Jesus Zimmermann war, werden die wenigsten Christen Zimmerleute. Obschon Jesus nicht heiratete, heirateten die meisten Christen. Obschon Jesus umherzog, predigte, lehrte und heilte, tun das die wenigsten von uns. Das Neue Testament zeigt, dass das durchaus richtig ist. Wichtig ist, dass wir dort, wo Gott uns hinstellt, Nachfolger von Jesus sind. Politik ist dabei nicht ausgenommen.

Nichts ist wichtiger als unsere Beziehung zu Gott. Genauso wichtig ist die Verkündigung, wie wir Frieden mit Gott bekommen können. Von dort her gewinnt alles andere seine Bedeutung. Paulus zeigt in seinen Briefen stets, wie die rechte Beziehung zu Gott zu gerechten Beziehungen zu den Mitmenschen führt.

6.

«Paulus war kein Politiker, sondern Missionar. Ist darum Mission nicht wichtiger als Politik?»

Weniger Wichtiges ist auch wichtig

Mission ist wichtiger als Ehe und Familie. Trotzdem entsprechen Ehe und Familie ganz dem Willen Gottes. Mission ist wichtiger als Diakonie. Trotzdem haben die Apostel in Apg 6 Diakone eingesetzt, damit den Bedürftigen geordnet geholfen werden konnte. Das Reich Gottes ist allemal wichtiger als Essen und Trinken (Röm 14,17). Trotzdem hat uns Gott so geschaffen, dass wir Essen und Trinken geniessen können. Gewiss ist politisches Engagement für Christen nicht verboten, nur weil etwas anderes wichtiger ist.

Die Apostel kamen dauernd in Kontakt mit Politikern, weil sie den Herrschaftsanspruch Jesu auch gegenüber dem Staat vertraten.

Politische Dimensionen der Mission

Gerade die Geschichte der Apostel zeigt, dass die christliche Mission politisch relevant ist. Nicht umsonst wurden die Apostel von Jerusalem bis Rom immer wieder vor die Machthaber zitiert. Wäre das Evangelium nur eine rein private Herzensangelegenheit, hätte es nicht immer wieder für öffentliches Aufsehen gesorgt. Den Aposteln wurde vorgeworfen, gegen die Gesetze des Kaisers zu verstossen, indem sie behaupten, «ein anderer sei König, nämlich Jesus» (Apg 17,7). Die politischen Dimensionen des Evangeliums sind den damaligen Zuhörern in die Augen gesprungen. Es gibt auch heute Staaten und Politiker die glauben, sie könnten unmöglich damit leben, dass es einen gibt, der über ihnen steht: Jesus Christus.

Es gibt ein Menschenrecht auf ein Leben nach den Ordnungen Gottes. Dafür setzen sich Christen ein.

Das Evangelium verkündet allen Menschen – auch den Politikern – den Herrschaftsanspruch von Jesus Christus. Ihm ist alle Vollmacht im Himmel und auf der Erde übertragen worden (Mt 28,18). Er ist der Fürst über die Könige der Erde (Offb 1,5; 1Tim 6,15). Das heisst, dass Jesus der oberste Politiker ist. Ihm sind alle anderen verantwortlich. Es werden von ihnen primär zwei Dinge erwartet (Röm 13,4): Ungerechtigkeit bestrafen und dafür sorgen, dass das Volk nach den Geboten Gottes leben kann. Wenn der Staat diese zwei Dinge nicht tut, braucht er mehr christliche Politiker.

Mission scheut Politik nicht

Der Apostel Paulus traf auf seinen Reisen mit vielen Politikern zusammen. Immer wieder wurde er in öffentliche Tumulte verwickelt oder fälschlich angeklagt. Der römische Statthalter auf Zypern, Sergius Paulus, liess die Apostel Barnabas und Paulus rufen. Sergius Paulus kam zum Glauben an Jesus Christus. Wir dürfen annehmen, dass es für die Inselbewohner gut war, dass der Statthalter nicht mehr unter dem Einfluss eines Zaubers stand, sondern Jesus Christus nachfolgte (Apg 13,6–12). «Kommen die Gerechten an die Macht, dann freut sich das Volk» (Spr 29,2).

Im Übrigen hat sich Paulus intensiv vor staatlichen Gerichten für seine und anderer Rechte eingesetzt. Die Apostelgeschichte berichtet uns über weite Strecken, wie sich die Apostel vor Gerichten verteidigten. Nirgends findet sich eine Andeutung, dass sie besser geschwiegen hätten. Die letzten acht Kapitel der Apostelgeschichte (Apg 21–28) drehen sich fast vollständig um die Gefangennahme des Paulus und seine Verteidigung vor verschiedenen römischen Richtern.

Daraus wird deutlich, dass sich Christen politisch engagieren. Natürlich nicht als Selbstzweck, sondern weil es darum geht, für das Recht einzustehen.

Der Staat ist ausdrücklich nach dem Willen Gottes (Röm 13,1-7; 1Petr 2,13-17) und deswegen ist es selbstverständlich, wenn Christen sich für oder in dieser Schöpfungsordnung engagieren.

Das Neue Testament enthält keine Anweisungen für Automechaniker, Informatiker, Gärtner, Sekretärinnen, Krankenschwestern, Geologinnen, Matrosen oder Dolmetscherinnen. So gibt es auch keine spezifischen Anweisungen für politische Berufe wie Parlamentarier, Richterinnen, Steuerkommissäre oder andere Berufe im öffentlichen Sektor. Wir sind frei, diejenigen Berufe und Tätigkeiten zu wählen, mit denen wir Gott und den Menschen am besten dienen können.

Christen sind berufen, ihre Begabungen überall zu Gottes Ehre und zum Nutzen der Menschen einzusetzen.

7.

«Das Neue Testament enthält keine Anweisungen für eine politische Tätigkeit. Darum: Hände weg!»

Das Neue Testament ist nicht apolitisch

Über die Hälfte der im Hebräerbrief Kapitel 11 genannten Glaubenshelden und Vorbilder waren Politiker. Das Neue Testament legt Wert darauf zu zeigen, dass sich der Glaube dieser Männer und Frauen in ganz konkreten politischen Situationen bewährt hat. Dadurch werden sie uns zu Vorbildern. Wir werden ermutigt: Der christliche Glaube bricht angesichts politischer Herausforderungen nicht ein. Er ist auch solchen Anforderungen gewachsen.

Das Neue Testament zeigt deutlich, dass es in unserem Leben vor allem auf moralische Tugenden wie Aufrichtigkeit, Demut, Gottesfurcht, Mut, Klugheit, Geduld, Mässigung, Zuverlässigkeit, Freundlichkeit, Respekt, Hilfsbereitschaft, Fleiss, Fairness und so weiter ankommt. Diese werden in allen möglichen Tätigkeitsbereichen geschätzt - nicht zuletzt in der Politik.

8.

«Das Neue Testament bietet keine Anleitung für die Politik in einer demokratischen Gesellschaft.»

Alles, was das Neue Testament lehrt, ist Gottes Offenbarung für unser Leben. Es lehrt, wie die Menschen vor Gott und in den Beziehungen zu ihren Mitmenschen gerecht leben können. Diese Anleitung zu einem gerechten Leben (2Tim 3,16+17) ist auch für alle politischen Lebensbereiche wegweisend.

Die Demokratie macht vieles leichter

Der Apostel Paulus bezeichnet den Staat als «Diener Gottes». Das gilt auch für den Staat in einer demokratischen Gesellschaft. Jesu Interpretation der Gebote in der Bergpredigt oder die Ethik der Apostel sind nicht abhängig vom politischen System. ***Demokratie ist wahrscheinlich diejenige Staatsform, die dem Menschen als Ebenbild Gottes am meisten entspricht.***

Das Neue Testament lehrt, wie die Menschen vor Gott und in den Beziehungen zu ihren Mitmenschen gerecht leben können.

Warum sollte man etwa die biblische Aufforderung, sich für Behinderte einzusetzen, in der demokratischen Gesellschaft nicht vertreten? Sollen wir dies nur im privaten Bereich in die Tat umsetzen?

Sollten wir die Bürger unseres Landes nicht zu überzeugen versuchen, dass Behinderte vollwertige Ebenbilder Gottes sind und Anspruch auf die Solidarität ihrer Mitmenschen haben? Sollten wir nicht auch dafür eintreten, dass dieses christliche Anliegen auch in der Gesetzgebung und der staatlichen Praxis verankert wird? Sollten wir die Menschenwürde nicht auch dort fordern und fördern, wo sie unsere Gesellschaft zurzeit mit Füßen tritt? Sollten wir uns nicht dagegen wehren, dass behinderte Menschen im Mutterleib mehr und mehr fast automatisch abgetrieben werden?

In einer Demokratie sind **alle** Bürger aufgefordert, sich einzubringen. Dieses politische Umfeld erleichtert das christliche Engagement in der Politik erheblich. Das ist nicht überall auf der Welt so. Der Prophet

Daniel war einsamer Spitzenpolitiker unter ständiger Lebensgefahr. Trotzdem war er selbstverständlich der Meinung, dass Gottes Ordnungen und Weisungen auch für Babylon von Bedeutung sind. Da sollten wir uns in einer Demokratie herausreden können?

Grundsätzlich ist das Alte Testament genauso Gottes Wort wie das Neue. Das Alte Testament war die Bibel von Jesu und von den Aposteln. Auch ist zunächst das Alte Testament gemeint, wenn es heisst, dass «die ganze Schrift ... zur Lehre ... und zur Erziehung in der Gerechtigkeit» dient (2Tim 3,16ff.). Wollte man sich nur auf das Neue Testament beschränken, müsste man drei Viertel der Bibel wegwerfen.

Das Alte Testament ist Wort Gottes

Für alle Autoren des Neuen Testaments war das Alte Testament die Heilige Schrift. Sie war ihre Autorität. Man liess keine Lehre gelten, die man nicht mit dem Alten Testament belegen konnte. Das unterstreichen die unzähligen Zitate aus dem Alten Testament. Jesus und die Apostel haben grossen Wert darauf gelegt zu zeigen, dass sie keine neue Lehre bringen, sondern nur das, was Gott bereits angekündigt hatte. Die Ethik des Neuen Testaments basiert auf der Thora und auf den Propheten. Das gilt für die persönliche Ethik genauso wie für die politische.

Christen lesen das Alte Testament im Licht des Neuen und umgekehrt das Neue auf dem Hintergrund des Alten.

Die Ethik des Alten Testaments ist zeitlos

Natürlich lesen Christen das Alte Testament im Licht des Neuen. Genauso gilt, dass das Neue auf dem

9.

«Viele politisch relevanten Bibelstellen stehen im Alten Testament. Für Christen ist aber das Neue massgebend.»

Hintergrund des Alten zu lesen ist. Viele mangelhafte oder gar falsche Auslegungen von neutestamentlichen Stellen entspringen direkt der Unkenntnis oder Ablehnung des Alten Testaments. Als Beispiel kann die Bergpredigt dienen. Sie hebt das alttestamentliche Moralgesetz nicht auf (Mt 5,17+20!). Sie bekämpft die missbräuchliche Deutung durch die Schriftgelehrten. Als Gegensatz zu den Schriftgelehrten fordert Jesus, auch im Herzen keinen Ehebruch zu begehen. Das ist aber nichts Neues. So steht es schon im zehnten Gebot.

Keine christliche Konfession hat je in Frage gestellt, dass etwa die *Weisheitsliteratur* (z. B. die Bücher Hiob,

Prediger, Sprüche mit seinen Anweisungen für Könige) uns nicht mehr betrifft. Die Weisheitsbücher sind eine Sammlung von pädagogisch formulierten Ratschlägen. Sie betreffen konkrete persönliche oder politische Situationen und sind anwendbar auf ähnlich gelagerte Fälle. Die Weisheitsliteratur setzt die Gültigkeit

«Das Alte Testament ist eine Fundgrube reicher Belehrung für jede christliche Lehre über die weltliche Gerechtigkeit.»

Emil Brunner

des Gesetzes voraus und stellt das Gesetz nicht in Frage.

Die *Propheten* sind uns auch heute ein Vorbild. Sie kritisierten die sozialen Ungerechtigkeiten und die Missstände in der Rechtsprechung. Ihre Kritik stützt sich auf die Thora, das Moralgesetz Gottes. Diese Grundsätze für Recht und Gerechtigkeit haben die Autoren des Neuen Testaments nie in Frage gestellt.

Kurz zusammengefasst wird das alttestamentliche Moralgesetz in Micha 6,8: «Der Herr hat dich wissen lassen, Mensch, was gut ist und was er von dir erwartet: Halte dich an das Recht, begegne deinem Mitmenschen mit Güte und lebe in Ehrfurcht vor deinem Gott!» Recht ist das, was Gott uns in der Bibel zum Thema Recht «hat wissen lassen».

Das Neue Testament bestätigt die Ethik des Alten

Wer der Meinung ist, dass das alttestamentliche Gesetz für Christen überhaupt nicht mehr gilt, wird vieles davon im Neuen Testament trotzdem wiederfinden. Neun der Zehn Gebote werden ausdrücklich genannt. Der Rest ist eingeschlossen, sagte der Apostel Paulus (Röm 13,8–10).

An vielen Stellen wird auch ohne Wiederholung das alttestamentliche Gesetz stillschweigend vorausgesetzt. So etwa bei der Beurteilung von Homosexualität (Röm 1,27)

Schon das Alte Testament unterscheidet zwischen Moral- und Zeremonialgesetz. Letzteres hat sich in Christus erfüllt (z. B. Opfer, Tempel, Beschneidung). Das Moralgesetz dagegen erfüllt sich, in dem der Heilige Geist in den Gläubigen seine Ordnungen «erfüllt» (Röm 8,3–4).

«Halte dich an das Recht, begegne deinem Mitmenschen mit Güte und lebe in Ehrfurcht vor deinem Gott!»

Die Funktionen des Moralgesetzes

Das Moralgesetz hat drei Funktionen: die *politische*, die *erzieherische* und die *wegweisende*. Dies wird in einem bekannten Merkvers so ausgedrückt: Die Gebote Gottes dienen als Riegel, Spiegel und Regel. Als *Riegel* dienen die Gebote dem Staat. Sie sind der Massstab für gerechte Gesetze und für das Strafrecht. Sie sollen die größeren ungerechten Taten eindämmen. Als *Spiegel* dienen die Gebote jedem Menschen zur Selbsterkenntnis. Und als *Regel* geben sie Wegleitung für ein Leben in Verantwortung vor Gott.

10.

«Welche Bedeutung hat denn das Alte Testament für christliche Politik?»

Der Schweizer Theologe Emil Brunner sagte: «Im Alten Testament kommt in der Tat der Gotteswille im Bereich der Sozialgestaltung zu machtvoller Geltung ... Wir müssen also hinter den einzelnen Gesetzen, Forderungen und Institutionen immer das ihnen zugrunde liegende Grundgesetz, den auch heute und für uns geltenden Imperativ Gottes suchen.»

Nachfolgend einige Beispiele für die Übernahme alttestamentlicher Rechtsordnungen für die neutestamentliche politische Ethik.

- **Zwei oder drei Zeugen für die Anklage:** Mt 18,16; Joh 8,17; Hebr 10,28; 1Tim 5,19: «Gegen einen Ältesten nimm keine Klage an, ausser wenn zwei oder drei Zeugen vorhanden sind» (vgl. 5Mose 17,6; 19,15).
- **Todesstrafe:** Paulus akzeptiert das Recht der Todesstrafe durch einen heidnischen Richter, falls er etwas «Todeswürdiges» begangen hat (Apg 25,11).
- **Keine Privatrache,** da die Rache/Strafe dem Staat zusteht: Röm 12,19 + 13,1–7.
- **Kein Ansehen der Person:** Kol 3,25; Eph 6,9; Jak 2,1–12 (1+8–12): «... ohne Ansehen der Person ... Wenn ihr wirklich das königliche Gesetz «Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst» nach der Schrift erfüllst, so tut ihr recht. Wenn ihr aber die Person ansieht, so begeht ihr Sünde und werdet vom Gesetz als Übertreter überführt ... Redet so und handelt so wie solche, die durch das Gesetz der Freiheit gerichtet werden sollen.»

– **Rückerstattung:** Zachäus, staatlicher Zolleintreiber (Lk 19,1–10), erstattet nach alttestamentlichem Gesetz (vgl. 2Mose 22,1) allen von ihm Betrogenen das Geld und eine Entschädigung zurück: «Wenn ich von jemandem durch falsche Anklage etwas abgenommen habe, erstatte ich es vierfach zurück» (Lk 19,8).

Gerechtigkeit ist eine Eigenschaft Gottes und somit ewig. Sie gilt als zentraler moralischer Massstab des sozialen Lebens. Sie ist ein menschliches Grundbedürfnis. Aus biblischer Sicht ist Gerechtigkeit ein Menschenrecht (Lk 18,3; Jes 1,17; Ps 82,1–4). Darum legt Gott sehr grossen Wert auf Recht und Gerechtigkeit in den irdisch-menschlichen Verhältnissen (5Mose 16,20). «Jage der Gerechtigkeit nach!», mahnt auch der Apostel Paulus (1Tim 6,11). Ebenso sagen es das Gesetz und die Weisheit (5Mo 16,20; Spr 15,9). Sich in der Politik für **Gerechtigkeit** einzusetzen, ist darum keine vergängliche Mühe. Würde man der Logik des Einwandes folgen, müsste man gegen diakonische oder medizinische Hilfe sein. Das aber würde krass der Bibel widersprechen.

Politik ist eine religiöse Tätigkeit

Nach biblischer Sichtweise sind Rechtsetzen und Rechtsprechen sogar religiöse Tätigkeiten. Denn dadurch soll die menschliche Gemeinschaft an Gottes Gerechtigkeit Anteil haben. Wo Recht geübt wird, ist Gott gegenwärtig (2Chr 19,6). Wo Gerechtigkeit fehlt, werden Gottes Geschöpfe unterdrückt, missbraucht, verachtet (z. B. Amos 5,7–15). Darum ist ihm Politik nie

11.

«Politik befasst sich mit irdischen Dingen, Evangelisation, Gemeindebau und Mission aber mit himmlischen. Sollten sich nicht alle Christen für ewige Werte einsetzen statt für vergängliche?»

Rechtsetzen und Rechtsprechen sind religiöse Tätigkeiten. Dadurch soll die menschliche Gemeinschaft an Gottes Gerechtigkeit Anteil haben.

gleichgültig, denn «Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Übertreter von Gottes Gesetz stürzt es ins Verderben» (Spr 14,34). Sich hier und jetzt für Gottes Gerechtigkeit in allen Lebensbezügen einzusetzen, bringt ewigen Lohn (2Tim 4,8). Aus diesen Gründen ist auch klar, warum der Apostel Paulus die Obrigkeit als

«Gottes Dienerin» bezeichnet (Röm 13,4).

Auch was vergänglich ist, ist Gott wichtig

Christen wissen, dass diese Schöpfung vergeht. Aber deswegen bleibt sie doch Gottes Schöpfung. Und jeder, der sich in den von Gott geschaffenen Lebensbereichen wie Ehe und Familie, Arbeit und Wirtschaft oder Politik und Staat (Röm 13,1) engagiert, handelt nach dem Willen Gottes. Auch die Ehe wird es im Himmel nicht geben, wie Jesus ausdrücklich erklärt (Mt 22,30). Trotzdem bleibt die Ehe eine Schöpfung Gottes in dieser Welt. Wir sollen uns ausdrücklich Schätze im Himmel sammeln (Mt 6,20). Aber seit wann heisst das, dass wir nicht mehr arbeiten und Geld verdienen müssten? Unser Körper wird diese Welt nicht verlassen und in der zukünftigen Welt erwartet uns ein neuer Körper. Trotzdem ist es Gottes Wille, dass wir unseren Körper hier und jetzt pflegen und uns nicht etwa verstümmeln oder unsere Gesundheit ruinieren.

Politiker werden von Gott gelobt

An keiner Stelle verurteilt die Bibel das politische Engagement von Gläubigen. Immer wieder werden Politiker aufgefordert, sich an die biblischen Gebote zu halten (z. B. Dan 4,24; Lk 3,19; Apg 24,25). Diejenigen, die es tun, werden in der Bibel gelobt, siehe zum Beispiel 1Kö 15,11; 22,43; 2Kö 12,3; 15,3+34; 18,3; 22,2 und viele mehr. Auf diesem Hintergrund ist es un-

verständlich, wenn Christen politisches Engagement als unbiblich ablehnen.

Das Interesse an politischen Fragen ist nicht unbiblich. Es ist eine unmittelbare Folge der Hingabe an das Werk des Herrn. Wir müssen nicht von dem Interesse an politischen Fragen befreit werden, sondern von unserem Egoismus.

Das Interesse an politischen Fragen ist nicht unbiblich, sondern eine unmittelbare Folge der völligen Hingabe an das, was Gott interessiert: die menschliche Gemeinschaft.

Gott gibt klare Weisungen für alle Lebensbereiche

Die Ansicht, es gäbe keine göttlichen Ordnungen für die sichtbare Welt der Politik, ist biblisch nicht haltbar. Die Ansicht, der Glaube betreffe nur das Unsichtbare und Christen hätten darum nur die Aufgabe, andere aus dieser sichtbaren Welt herauszuretten, ist unbiblich und gefährlich.

Die Vertreter der Rettungsboot- oder Rückzugsmentalität wollen nicht wahrhaben, dass Gott klare Weisung für alle Lebensbereiche gegeben hat. Darum akzeptieren sie die gegebenen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten unkritisch. So geraten sie umso schlimmer unter die verblendende und bindende Herrschaft des «Fürsten dieser Welt». Wer göttliche Ordnungen für die Gesellschaft ablehnt, muss eben die Ordnungen anderer Götter oder Weltanschauungen akzeptieren.

12.

«Hat Gemeindebau nicht Priorität vor politischer Arbeit?»

Gemeindebau ist wichtig. Er hat zum Ziel, die Gemeindeglieder für ihren Dienst für Gott unter den Menschen auszurüsten (Eph 4,12ff.). Biblischen Gemeindeaufbau erkennt man auch daran, dass Gottes Volk fähig ist, wach und geistesgegenwärtig die Weltanschauungen – gerade auch die politischen – an der Wahrheit zu prüfen. «Wir sind dann nicht mehr Kinder, die von jeglicher beliebigen Behauptung umhergeworfen werden wie ein Schiff von Wind und Wellen ... Wir dagegen wollen zu der Wahrheit stehen.» Gegen politische Verführung kann man nicht wachsam genug sein. Mündige Christen können die politischen Entwicklungen wahrnehmen, aus biblischer Perspektive kritisch beurteilen, durchschauen und gegensteuern.

Gute Politik dient auch der Gemeinde

Gemeindebau ist in einem demokratischen Rechtsstaat wesentlich einfacher als in einem totalitären System. Gute Rechtsstaaten sind ein Geschenk Gottes. Aber sie fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis des grossen Engagements von Generationen von Männern und Frauen, die sich für die Menschen- und Freiheitsrechte einsetzten. Genauso sind aber totalitäre Systeme, wie es das deutsche NS-Regime war, das Ergebnis von Tabuisierung der Politik unter Christen. Resultate sind politische Unkenntnis, Naivität und ideologische Verblendung.

Wir dürfen in unserem demokratischen Rechtsstaat ernten, was andere vor uns gesät haben. Unsere Nachkommen werden ernten, was wir gesät haben. Was wird es sein? Darum sollten Christen Gemeinde bauen und die politischen Rahmenbedingungen christlich prägen.

Wo Gott das Herz eines Einzelnen verändert, werden auch seine Mitmenschen davon berührt. «Eine Stadt, die auf einem Berg liegt, kann nicht verborgen bleiben. Auch zündet niemand eine Lampe an, um sie dann unter einen Topf zu stellen» (Mt 5,14f.). Viele einzelne von Gott veränderte Herzen verändern die Gesellschaft.

13.

«Gott will das Herz des Einzelnen verändern, nicht die Gesellschaft.»

Fehlt dem Salz die Würzkraft?

Christen sind das Salz in der Gesellschaft, das man trotz geringer Dosierung wahrnimmt. Ihre Aktivität soll die Gesellschaft vor innerer Verderbnis schützen. Gott hat sehr wohl durch den Einzelnen die gesamte Gesellschaft im Visier. Der Gedanke, der Glaube sei etwas ganz Privates und habe keinen Auftrag in der Gesellschaft, kommt nicht aus der Bibel. Er ist das Ergebnis eines modernen, aus gottlosen Wurzeln genährt, überzogenen Individualismus. Individualismus und Relativismus sind dafür verantwortlich, dass sich viele Christen aus dem gesellschaftlichen Leben zurückgezogen haben. Das einfache Zeugnis christlicher Werte im Alltag von Wirtschaft und Politik fehlt vielfach.

Wenn das Salz der Gesellschaft seine Würzkraft verliert, ist es zu nichts mehr brauchbar, sagt Jesus in Mt 5,13. Ist das vielleicht der Zustand weiter christlicher Kreise?

Mission hat Gesellschaftsveränderung im Sinn

Der Missionsauftrag nach Matthäus (Mt 28,18–20) beinhaltet die Aufforderung, alle Menschen, die ganze Gesellschaft «zu Lernenden» (= zu Jüngern) zu machen. Das heisst einerseits, die Menschen zur Umkehr auffordern und die Gläubigen taufen. Und andererseits sollten wir allen Menschen die biblische Ethik bekannt machen, auch den

Durch tiefgreifende Evangelisation sollen ganze Völker für die christliche Ethik gewonnen werden.

Menschen in der Politik. Die Leute können erkennen, dass sie auf dem falschen Weg sind, wenn wir ihnen den richtigen als Alternative zeigen. Das ist harte Überzeugungsarbeit. Wurde uns nicht dazu die Kraft des Heiligen Geistes versprochen? Vergebung der Sünden muss die Erkenntnis der Sünden vorangehen, und der Erkenntnis die Verkündigung der biblischen Ethik.

Auf diesem Weg sollen gemäss dem Missionsbefehl letztendlich ganze Völker gewonnen werden. Die Reformation ist ein Beispiel. Damals wurde die Autorität der Bibel erkannt und erfolgreich verteidigt. Die einfachen Leute erlebten, dass die Bibel das zuverlässige Wort Gottes ist. Sie erfuhren ihre verändernde Kraft. Auch in der Kunst, in der Musik, in den Geistes- und Naturwissenschaften gewann die Bibel an Einfluss. Das biblische Welt- und Menschenbild führte zu einem enormen Kulturschub.

Die Bibel spricht ungezählte Fragen von familiärer, wirtschaftlicher, juristischer, ziviler und organisatorischer Bedeutung an. Sie spricht über Erbschaft, Erziehung, Armenfürsorge, Schulden, Inflation, Gehälter, Steuern, Prostitution, Kidnapping, Grundstücksgrenzen, Wiedergutmachung, Richter, Könige, Bestechung, Militärausgaben, internationalen Handel, Selbstverteidigung, Kriege, Meineid, Abtreibung, Gewinn, Altenfürsorge, Schutz der Behinderten und vieles andere mehr. Die meisten Sünden, die das Neue Testament ausdrücklich nennt, sind «soziale» Sünden, nicht «religiöse». Sollte all dies nur den Einzelnen angehen? Ich betone nur, denn natürlich beginnt jede christliche Ethik und jede Veränderung im Leben des Einzelnen. Den wahren Glauben erkennt man an den Früchten.

Ohne Zweifel gilt: «Was nützt es dem Menschen, dass er die ganze Welt gewinnt und nimmt doch an seiner Seele Schaden» (Mt 16,26 = Mk 8,36). Wer den Schaden für seine Seele ein für alle Mal abgewendet hat, wird sich gerade darum für seine Mitmenschen einsetzen, auch politisch. Von Gott gerettete Menschen verbreiten Segen, auch in der Politik: «Durch die Recht-schaffenen kommt Segen über die Stadt und baut sie auf» (Spr 11,11). Gott will, dass die Politik durch seine Kinder gesegnet wird. Was aber, wenn sich die «Recht-schaffen» verweigern?

14.

*«Gott will die Seele
der Menschen
retten und nicht
ihr politisches
System.»*

Mit der Umkehr zu Gott fängt alles an

Auch wenn das persönliche Heil das erste und vorrangige Ziel des Glaubens ist (1Petr 1,9; Röm 5,1; 2Tim 3,14–15), bedeutet dies nicht, dass es keine weitergehenden Ziele geben dürfe. Die Sache verhält sich vielmehr umgekehrt: Alle weitergehenden Ziele gewinnen von hier her ihre Bedeutung, ihre geistliche Gewichtung.

Ausserdem ist die persönliche Umkehr zu Gott nicht Endpunkt, sondern Ausgangspunkt einer persönlichen Erneuerung und einer Erneuerung von Familie, Kirche, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Alle Menschen sollen zu Nachfolgern von Jesus werden. Der Missionsbefehl schliesst die Vermittlung der ganzen biblischen Ethik ein. Er beschränkt sich nicht auf die Bekehrungsbotschaft. Der deutsche Missionswissenschaftler Gustav Warneck schreibt, dass der Missionsbefehl nicht mit der Bekehrung erfüllt ist. Die Hauptaufgabe der Mission bestehe darin, dass sie den Getauften praktische Anweisung gibt, die Konsequenzen des christlichen Glaubens in ihrem alltäglichen Leben zu ziehen.

Es geht Gott um viel mehr

Deswegen sind alle Versuche abzulehnen, die Bibel und damit die Gebote ausschliesslich als Weisungen für den Einzelnen zu verstehen. Natürlich beginnt Verän-

Die persönliche Umkehr zu Gott ist nicht Endpunkt, sondern Ausgangspunkt einer persönlichen und gesellschaftlichen Erneuerung.

derung immer beim Einzelnen. Aber sie erschöpft sich nicht beim Einzelnen. Die Bibel ist durchdrungen von Schöpfungsordnungen für das gemeinsame Leben der Menschen. Der Versuch, aus den ethischen Ordnungen im Alten und Neuen Testament diejenigen für den Privatbereich gültigen Gebote herauszudestillieren, kommt der Aufhebung des Wortes Gottes gleich.

tigen Gebote herauszudestillieren, kommt der Aufhebung des Wortes Gottes gleich.

Die Gesellschaft und die Beziehung zu anderen steht im Mittelpunkt der Ethik. Es geht nicht nur um persönliches Verhalten, sondern auch um die Beziehungen untereinander im Grossen wie im Kleinen geht. Das gilt nicht nur für das Alte Testament. Die folgende Zusammenstellung macht deutlich, dass es Gott nie nur um die eigenen persönlichen Angelegenheiten geht.

- **Ehemänner und Ehefrauen** (Eph 5,22–33; Kol 3,18–19; 1Thess 4,3–8; Hebr 13,4; 1Petr 3,1–7)
- **Eltern und Kinder** (Eph 6,1–4; Kol 3,20.21),
- **Arbeitsverhältnisse** (Eph 6,5–9; Kol 4,1; 1Tim 6,3; 1Petr 2,18–21)
- **Fleiss und Abhängigkeit von anderen** (2Thess 3,6–13)
- **allgemeine Beziehung zu anderen** (Mt 5,43–48; 7,1–5; Röm 12,9–21; 14,13–23; 15,1–6; 2Kor 6,3–10, Tit 3,1–3+8–11; Jak 5,1–6; 1Petr 4,7–11; 1Joh 3,10)
- **staatliche Autoritäten** (Röm 13,1–7; Tit 3,1; 1Petr 2,13–17, Apg 5,29)
- **religiöse Autoritäten** (Hebr 13,17)

- **Unmoral** (Mt 5,27–28; Röm 13,1–4; 1Kor 5,1–2; Hebr 13,4; 1Petr 4,1–6)
- **Ehe und Scheidung** (Mt 5,31–32; Mk 10,1–16; 1Kor 7,1–40)
- **Gerüchte** (Jak 3,1–12),
- **Eigentum und Verantwortung** (Mk 10,17–45; 1Tim 6,10; Jak 5,1–3)
- **das Gewissen anderer** (Röm 14,1–4; 1Kor 8,1–13)

Beten ist gut und es wäre genug, wenn der Obrigkeit auch noch das Wort Gottes gesagt würde. Denn Jesus und Paulus – gar nicht zu reden von den Propheten des Alten Testaments – haben unerschrocken den politischen Führern ihrer Zeit sowohl persönlich als auch öffentlich das Evangelium gesagt und sie an Gottes ethische Massstäbe erinnert. Als Christen beten wir eben nicht nur dafür, dass sich die Politiker zu Gott bekehren (1Tim 2,1–4), sondern wir tun auch etwas dafür!

Wer betet, weiss auch was zu tun ist

Wer das Fürbittegebet für die Politik und den Staat wirklich ernst nimmt, kann nicht abseits stehen, wenn Gott Menschen sucht, um politische Verhältnisse und Rahmenbedingungen nach seinem Willen zu verändern. Es ist nicht damit getan, nur zu jammern, es gehe in unserem Land zu und her, wie es dem Teufel am besten gefalle. Wenn Kandidaten für ein politisches Amt gesucht werden, sollten sich Christen melden.

15.

«Ich bete für die Obrigkeit. Ist das nicht genug?»

Wer das Fürbittegebet für Politik und Staat ernst nimmt, kann nicht abseits stehen, wenn Gott Menschen sucht, um politische Verhältnisse zu verändern.

Beten ist immer unersetzlich, aber es darf nie zur Ausrede werden, nichts zu tun. Josua wird von Gott gerügt, weil er betete und jammerte, statt etwas gegen die Übertretung der Anweisung Gottes zu tun (Jos 7,10). Wer für die Obrigkeit nur betet, wie man um schönes Wetter betet, aber nichts für die Erhörung

seiner Gebete tut, ist ein Heuchler, sagte der Zürcher Reformator Huldrych Zwingli. Siehe auch Nr. 53 und Nr. 54.

16.

«Jesus hat uns den Missionsbefehl gegeben. Da bleibt mir keine Zeit zum Politisieren.»

Gerade der Missionsbefehl schliesst politische Arbeit ein. Die persönliche Umkehr zu Gott ist der Ausgangspunkt einer Erneuerung, die in Familie, Kirche, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat wirksam wird. Der Missionsbefehl beabsichtigt die Durchdringung einer ganzen Gesellschaft mit der ganzen Bandbreite der biblischen Ethik. Ein christlicher Politiker ist immer auch ein Missionar, der einfühlsam den persönlichen Nöten seiner Mitmenschen begegnet.

Mission umfasst das ganze Leben

Die Hauptaufgabe der Mission besteht darin, den Getauften praktische Anweisung für ihr alltägliches Leben zu geben. Der Jurist und Theologe John Warwick Montgomery schreibt: «Wenn jemand weiss, was das Christentum wirklich ist, weiss er auch automatisch und per Definition, dass es von seinen Anhängern erwartet, aktiv sozialen Übeln zu widerstehen und Anstrengungen zu unternehmen, menschliche Not zu lindern.» Und der englische Theologe C. H. Dodd fügt hinzu: «Die christliche Religion ist wie das Judentum ... eine ethische Religion in dem besonderen Sinne, dass

sie keine letzte Trennung zwischen Gottesdienst und sozialem Verhalten anerkennt.»

Wenn Jesus seine Jünger auffordert: «und lehrt sie, alles zu bewahren [oder: halten], was ich euch befohlen habe» (Mt 28,19), so endet der Missionsbefehl mit der Aufforderung, den Völkern die gesamte Bandbreite der biblischen Ethik zu vermitteln. Dadurch werden der Einzelne, sein Alltag und seine Umwelt ebenso verändert wie auf Dauer sündige Strukturen und sichtbare Ungerechtigkeit. Günter Bornkamm hat darüber hinaus gezeigt, dass Jesus hier mit dem Befohlenen bzw. Gebotenen nicht etwas Neues gemeint hat, sondern das Liebesgebot und die Thora, die Weisungen Gottes in seinen Geboten.

Die persönliche Umkehr zu Gott ist der Ausgangspunkt einer Erneuerung, die auch in der Politik wirksam wird.

Wahre Mission hat immer auch eine politische Dimension

In den Anfängen der Weltmission gehörte zum Beispiel das Eintreten für die Menschenrechte anderer zum Missionsalltag. Die christliche Mission hat in vielen Teilen der Welt aktiv die Entstehung und Entwicklung der Menschenrechte gefördert. Viele Grundsätze des Alten Testaments haben weltweit ihre Spuren hinterlassen und auch unser Rechtssystem tief und nachhaltig geprägt.

Damit ist unser Auftrag noch nicht erfüllt. Es heisst, wir sollen die Völker «halten lehren». Wir sollen dafür sorgen, dass die Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit dauerhaft angewendet werden, denn durch Gerechtigkeit wird Friede entstehen. Gerechtigkeit und Friede sind im Alten wie im Neuen Testament als Begriffspaar oft zusammen anzutreffen (z. B. Ps 72,3+7; 85,11; Jes 32,17; 48,18; 60,17; Röm 14,17; Jak 3,18; Hebr 12,11). Gerechtigkeit bringt Frieden hervor, Ungerechtigkeit Unfrieden. «Das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein» (Jes 32,17).

Christliche Mission hat einen Lehrauftrag allen Menschen gegenüber und umfasst alle Lebensbereiche, auch das gemeinsame Leben.

Christen werden Friedensstifter genannt (Mt 5,9). Gleich im nächsten Vers ist von Gerechtigkeit die Rede. Friede entsteht durch den Einsatz für Gerechtigkeit, wo jeder zu seinem Recht kommt.

17.

«Paulus sagt, dass wir in den letzten Tagen leben (1Tim 4,1; 2Tim 3,1). Es bleibt uns also nur noch eine ganz kurze Zeit für Evangelisation, Gemeindebau und Mission. Ist es aus endzeitlicher Perspektive nicht unverantwortlich, Zeit, Kraft und Finanzen für politische Arbeit zu vergeuden?»

Die Bibel lehrt keine Prioritätenordnung für die letzten Tage. Vielmehr heisst es: «Du aber bleibe bei dem, was du gelernt hast» (2Tim 3,14f.), nämlich bei den Lehren der Heiligen Schrift. Eine der dramatischsten Beschreibungen der «schweren Zeiten» der «letzten Tage» liefert Paulus angesichts seines eigenen bevorstehenden Todes in 2Tim 3,1–4,8. Wir wollen an dieser Stelle nicht diskutieren, wieso Timotheus zum konkreten Handeln in diesen schweren Zeiten aufgefordert werden konnte, wenn diese für ihn in der fernen Zukunft lagen. Für das gegenwärtige Anliegen wollen wir einmal davon ausgehen, dass in 2Tim 3 die letzte Zeit der Weltgeschichte beschrieben wird.

Keine Prioritätenverschiebung in der Endzeit

Es heisst, dass die Menschen selbstsüchtig, verleumderisch und betrügerisch sein werden, dass sie sich gegenseitig sexuell verführen usw. Welchen Schluss zieht Paulus aus alledem? «Du aber bleibe bei dem, was du gelernt hast.» Anstehende schlimme Zeiten ändern rein gar nichts am Auftrag, wie er seit eh und je für Jünger Jesu besteht: «Verkünde den Menschen die Botschaft Gottes, gleichgültig, ob es ihnen passt oder nicht! Rede ihnen ins Gewissen, weise sie zurecht und ermutige sie! Werde nicht müde, ihnen den rechten Weg zu zeigen» (2Tim 4,2).

Die «Botschaft Gottes» und der «rechte Weg» verweisen auf die biblische Lehre (3,16) und vor allem auf die Ethik (3,17). Um «zu jedem guten Werk ausgebildet zu sein» und «ein Mensch Gottes zu sein», braucht man keine speziellen Kenntnisse über die Zukunft, sondern die Bibel und ihre Ethik. Die Verkündigung des «rechten Weges», der biblischen Ethik für alle Menschen, beschränkt sich nicht auf die persönliche Evangelisation oder den Gottesdienst, sie kann und soll auch in der Politik geschehen. Genauso endet auch der Missionsbefehl Jesu: «und lehrt sie alles zu halten, was ich euch geboten habe; denn siehe, ich bin bei euch alle Tage bis zur Vollendung des Zeitalters» (Mt 28,20). Jesu Ethik genügt – von der Kreuzigung bis zum Ende der Welt.

Anstehende schlimme Zeiten ändern rein gar nichts am Auftrag, wie er seit eh und je für Jünger Jesu besteht.

Über Evangelisation heisst es in Mt 24: «Das Evangelium von der Herrschaft Gottes wird in der ganzen Welt verkündet werden. Alle Völker sollen es hören. Danach erst kommt das Ende.» Evangelisation ist nicht dringlicher, weil die grosse Trübsal bevorstehen würde. Es ist genau umgekehrt: Das Ende der Welt kommt erst, nachdem der Missionsbefehl vollumfänglich erfüllt ist.

Aus biblischer Perspektive gehen wir nicht der grossen Trübsal entgegen, sondern der sich in aller Welt ausbreitenden Herrschaft Gottes. Was mit Jesus und den Aposteln klein wie ein Senfkorn begann, wächst seither kontinuierlich heran, bis es schliesslich alle anderen Gartengewächse überragt: das Reich Gottes (Mt 13,31–32).

Auch geht es nicht um Evangelisation kontra Politik. Unser Auftrag beinhaltet beides: Evangelisation und Politik. Beides im Sinne von Dienst an unseren Mitmen-

18.

«Die Bibel sagt, dass es immer schneller immer schlimmer werden wird, denn die grosse Trübsal steht kurz bevor (Mt 24). Ist da Evangelisation nicht viel wichtiger?»

schen. Wahrer Glaube zeigt sich an praktischen Werken der Nächstenliebe. Christliche Politik soll aus Liebe zum Nächsten motiviert sein.

Die Grosse Trübsal im 1. Jahrhundert

Überdies ist zu beachten, dass Jesus im Zusammenhang mit der grossen Trübsal von einem lokalen Ereignis in Judäa sprach, das seine damaligen Hörer anging («diese Generation» Mt 23,36; 24,34): **Sie** sollen in die Berge fliehen. Das haben die jüdischen Christen im Jahr 68 auch tatsächlich und buchstäblich getan. Darum kamen sie bei der Belagerung und Zerstörung Jerusalems von 67–70 nicht ums Leben, als über eine Million Juden umkam.

19.

«Jesus sagt: <Ich komme bald> (Offb 3,11; 22,7+12+20).

Darum kann sich seine Wiederkunft jeden Moment ereignen. Sollten Christen sich nicht auf das Kommen von Jesus vorbereiten und sich nicht in weltlichen Angelegenheiten verstricken?»

Eine Tätigkeit ist nicht deshalb weltlich, weil sie in der Welt geschieht – wo sollte sie auch sonst geschehen! Eine Tätigkeit ist dann weltlich, wenn sie nach weltlichen Massstäben getan wird, egal ob sie in der christlichen Gemeinde, in der Familie, in der Wirtschaft oder in der Politik ausgeübt wird (Röm 12,1f.).

Bereit sein heisst treu sein

Ob Jesus demnächst wiederkommt oder sich seine Wiederkunft verzögert: Christen sollen jeden Tag treu ihrer Arbeit nachgehen. Ein Christ ist dann am besten vorbereitet, Jesus zu begegnen, wenn er so an der Arbeit ist, wie sie ihm von Jesus aufgetragen wurde (Lk 12,37+47f.!)! Zum Beispiel auch, indem er in einem politischen Gremium, wie Parlament, Gemeinderat oder Schulpflege, als sachverständiger, aufrichtiger, fröhlicher, gottesfürchtiger, friedfertiger und arbeitssamer Christ auffällt und seinem Nächsten dient.

Die Ankündigungen über sein baldiges Kommen sagte Jesus Christus zum Beispiel der christlichen Gemeinde von Philadelphia im ersten Jahrhundert. Er sagt dabei nicht, sie sollten etwas anderes tun als bisher. Im Gegenteil ermahnt er sie: Macht weiter so!

Ob Jesus demnächst wiederkommt oder sich seine Wiederkunft verzögert: Christen sollen jeden Tag treu ihrer Arbeit nachgehen.

Vielleicht wäre es auch angebracht, sich zu vergegenwärtigen, dass das Buch der Offenbarung zuerst einmal eine Botschaft Jesu an die in Kapitel 2 und 3 erwähnten Gemeinden ist. Was sagte Jesus zu ihnen für ihre unmittelbare Situation und was können wir – 2000 Jahre später – daraus lernen?

Christliche Politik setzt sich für gerechte Ordnungen, nicht für bestimmte politische Systeme ein. Der Staat hat von Gott den Auftrag, laufend für Gerechtigkeit zu sorgen, unabhängig davon, ob die grosse Trübsal, das Tausendjährige Reich oder die Erfüllung des Missionsauftrages bevorsteht. Christen sollten dem Staat bei der Erfüllung dieses biblischen Auftrags helfen.

Stabile politische Verhältnisse bewahren

Wir leben im «Jetzt» und den aktuellen politischen Verhältnissen. Christen und ihre Gemeinden sollten für ihre wichtige Tätigkeit alles Interesse an geordneten und stabilen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben. Das kann man leicht vergessen, wenn es einem Land längere Zeit gut gegangen ist. Vielleicht würde es helfen, einen Blick über den Tellerand zu wagen, wo christliche Gemeinden in verarmten, korrupten Ländern mit chaotischen, anarchistischen oder totalitären politischen Verhältnissen und unter

20.

«Die politischen Systeme werden beim baldigen Kommen Jesu zur Aufrichtung des Tausendjährigen Reiches sowieso vergehen. Warum sich also noch bemühen, etwas Vergängliches zu erhalten?»

Hier und heute leiden
Menschen, geschieht Unrecht.
Wegschauen und Nichtstun
ist alles andere
als Nächstenliebe.

permanenter Verfolgung leben und arbeiten müssen. Die vergleichsweise stabilen und rechtsstaatlichen Verhältnisse, die Freiheitsrechte sowie der Wohlstand für die Allermeisten in unserem Land sind das Resultat der Umsetzung von christlichen Werten.

Das Reich Gottes wächst

Die Geschichte des Reiches Gottes beginnt mit dem Aussäen des guten Samens auf das Ackerfeld der Welt durch Jesus Christus (Mt 13,24–30 und 36–43). Aus dem guten Samen wachsen «die Kinder des Reiches». Gleichzeitig sät der Teufel seine böse Saat, aus der die «Kinder des Bösen» stammen. Das Böse reift aus und wird immer offensichtlicher, *aber das Gute erst recht*. Wessen Ernte wird grösser sein? Wird es auf dem Weizenfeld mehr Weizen oder mehr Unkraut haben?

Wann ist die Geschichte des Reiches Gottes auf Erden nach dem Gleichnis von Mt 13 zu Ende? Wann wird Jesus, der «Sohn des Menschen», die Gerechten leuchten lassen und die «Gesetzlosen» «zusammensammeln» und bestrafen? Am Ende der Geschichte dieser Erde zur Zeit des Jüngsten Gerichtes.

Solange das Reich Gottes wächst und die «Kinder des Reiches» zunehmen und wachsen, ist auch die Stunde des Bösen noch nicht zu Ende. Ein Christ, der immer nur auf das Wachstum des Bösen starrt, übersieht, dass es dem Bösen nur darum erlaubt ist zu wachsen, damit das Gute nicht behindert wird.

Das Wachstum und der letztendliche Erfolg des Reiches Gottes schliesst das Leiden der Gemeinde Jesu nicht aus, sondern ein. Gerade im Gleichnis vom Unkraut und Weizen (Mt 13,24–30; 36–43) macht Jesus deutlich, dass nicht nur das Reich Gottes, sondern auch das Böse ausreift. Dennoch lässt er das Unkraut nur deswegen stehen, weil der Weizen am Wachsen ist.

Das Böse darf nur ausreifen, weil Gott auch seine Gemeinde wachsen und reifen lässt. Wäre die Gemeinde Jesu nicht in der Welt, käme sofort das endgültige Gericht über diese Erde (vgl. 1Mose 18,22–23).

Es ist sicher, dass Himmel und Erde vergehen (Lk 21,33) und Gott einen neuen Himmel und eine neue Erde schafft, in denen Gerechtigkeit wohnt (2Petr 3,13). Sollen darum die Christen jetzt aufhören zu arbeiten, zu heiraten, Kinder zu erziehen, sich für Gerechtigkeit einzusetzen? Nirgendwo in der Bibel wird diese Schlussfolgerung gezogen. Gott sagt: «Wenn ich einem Menschen, der mich verachtet, den Untergang androhe, und er wendet sich ab von dem, was er bisher getan hat, wenn er nun für Recht und Gerechtigkeit eintritt, seinem Schuldner das Pfand zurückgibt, erstattet, was er gestohlen hat, und kein Unrecht mehr begeht, sondern die Gebote befolgt, die zum Leben führen – dann muss er nicht umkommen ... Weil er nun für Recht und Gerechtigkeit eintritt, wird er am Leben bleiben» (Hes 33,14–16). Die Umkehr zu Gott erweist sich daran, dass man für Recht und Gerechtigkeit eintritt. Es ist unser Auftrag, zu dieser Umkehr und zu entsprechendem Handeln aufzurufen und es vorzuleben. ***Gemäss Gottes Verheissung kann dadurch der scheinbar unvermeidliche Untergang abgewendet werden.*** Wir sollten dieses Angebot nicht durch Untätigkeit im politischen Bereich ausschlagen! Wir würden für das Sinken des Schiffes mitverantwortlich.

Sollten Christen einfach zuschauen?

Christliche politische Tätigkeit in einem Staat in Seenot bedeutet: praktisch, handfest anpacken und den Menschen dort helfen, wo die Not am grössten ist,

21.

«Die Welt ist ein sinkendes Schiff. Sollten Christen statt auf der <Titanic> Tafelsilber zu polieren (politisch tätig zu sein) sich nicht vielmehr dafür engagieren, dass noch mehr Menschen den Weg in den Himmel finden?»

Eine vom Untergang bedrohte Gesellschaft hat das Recht auf christliche Politiker, welche die Lehren von Jesus Christus mit Wort und Tat bezeugen.

sowie zu Gott um Rettung beten. Es gibt kein biblisches Beispiel, das zeigen würde, dass Evangelisieren praktische Taten zur Linderung von Not und Ungerechtigkeit ersetzen könnte.

Es heisst, dass niemand einen Ochsen, der in ein Brunnenloch gefallen ist, am Ruhetag nicht herausziehen würde mit der Ausrede, es wäre geistlicher, am Ruhetag nicht zu arbeiten (Lk 14,5). Wenn ein leidendes Tier das Recht auf Hilfe hat, wie viel mehr hat eine vom Untergang bedrohte Gesellschaft das Recht auf angemessene Hilfe! Es braucht christliche Politiker, welche die Lehren von Jesus Christus mit Wort und Tat bezeugen (vgl. 2Mose 23,4-9). – Der scheinbar unvermeidliche Untergang kann nochmals abgewendet werden.

22.

«Politik ist viel zu komplex.

Ich betätige mich lieber in der Gemeindearbeit.»

Gemeindeaufbau und Politik sind beides sehr vielschichtige und anspruchsvolle Tätigkeiten. Sollte man darum damit aufhören? Zudem gibt es aus neutestamentlicher Sicht weltweit mehr mangelhafte als geistlich intakte Kirchengemeinden. Ich möchte hier die Katholische Kirche mit ihren 1 Milliarde Mitgliedern oder die vielen namenschristlichen protestantischen Grosskirchen nicht im Einzelnen be- oder verurteilen, aber Fakt ist, dass sie die Mehrheit der örtlichen Gemeinden stellen und die meisten von ihnen aus biblischer Sicht schwerwiegende Mängel aufweisen. Und dass auch bei Freikirchen und unabhängigen Gemeinden nicht alles Gold ist, was glänzt, ist unbestritten.

Gemeindearbeit ist anspruchsvoll

Im Übrigen gab es auch in neutestamentlicher Zeit schon äusserst problematische Gemeinden (z. B.

Korinth oder die sieben Gemeinden in Kleinasien, an die die Sendschreiben gerichtet sind, Offb 2–3). Trotz der Schwierigkeiten, Mängel und Komplexität des Gemeindelebens lehnen wir es deswegen nicht ab, Gemeinde zu pflegen und zu gründen. Warum nicht? Die Gemeinde weltweit und vor Ort ist eine Schöpfung Gottes (Eph 1,22–23; vgl. 2,10). Gott schuf und will diese soziale Institution und das heisst auch, dass eine christliche Gemeinde mehr ist als nur etliche privat an Gott Gläubige, die etwas zusammen unternehmen: Es ist Gottes Gemeinde, sein Volk.

Genau so wie die Gemeinde eine von Gott geschaffene Einrichtung ist, ist es auch der Staat: Er ist sein Diener. Die Komplexität der Aufgabe darf uns auch in diesem Fall nicht abhalten, Hand anzulegen. So wie Gott uns hilft, Gemeindebau zu betreiben, hilft er uns auch in der Politik.

Nicht die Politik meiden, sondern in der Politik scheitern, lautet das Motto: Erweist euch als Kinder Gottes inmitten einer verdorbenen und verwirrten Generation unter der ihr leuchtet wie die Sterne am nächtlichen Himmel, steht in Phil 2,15. Die Position der Sterne am nächtlichen Himmel ermöglicht Orientierung. Genauso wirken Christen, die ihre Position öffentlich bekannt machen: An ihnen kann man sich orientieren. Politisch stumme Christen sind wie erloschene Sterne.

Politik ist kein Spaziergang

Ohne Zweifel sollen sich Christen nie an Lug und Trug, Machtstreben und so weiter beteiligen. Ist es möglich, in einer solchen Umgebung nicht selber korrupt oder geldgierig zu werden? «Gott ist es, der in euch das Wollen und Vollbringen bewirkt, noch über euren guten Willen hinaus» (Phil 2,13).

23.

«In der Politik herrscht Lug und Trug, Korruption, Machtstreben, Selbstdarstellung, Ehrsucht, Geldgier. Christen sollten sich von solchen Dingen fernhalten.»

Nicht die Politik meiden,
sondern in der Politik
scheinen. Politisch stumme
Christen sind wie
erloschene Sterne.

Kein Wunder, dass die Politik ein «schmutziges» Geschäft ist, wenn sie sich nicht um Gottes Maßstäbe kümmert und Christen sie durch ihre Passivität oder Naivität darin noch bestärken. Aber selbst eine gute Politik ist ein «schmutziges» Geschäft, weil es die wichtigste Auf-

gabe der Politik ist, das Böse und die Verbrechen zu bekämpfen; wahrlich keine angenehme, aber eine nötige Arbeit. Da Gott dem Staat aber diese Autorität gegeben hat, kann sie ebenso unmöglich grundsätzlich falsch und böse sein, wie die elterliche Autorität nicht grundsätzlich schmutzig ist, auch wenn sie von gottlosen Erziehern allzu oft missbraucht wird.

Die moralischen Stolpersteine der Politik können zu Gelegenheiten werden, die biblischen Werte zu bezeugen und zu leben, wie die vielen Beispiele in der Bibel zeigen. ***Denn Politik verdirbt nicht den Charakter, sie offenbart ihn.*** Wenn sich alle gottesfürchtigen Menschen aus der Politik zurückziehen, müssen sie sich nicht wundern, dass andere in die Politik gehen und ***ihre*** Politik durchsetzen.

Politik ist etwas für mündige Christen, die sich nicht scheuen, den weltlichen Massstäben für Macht und Ehre die geistlichen entgegenzusetzen. «Hochmut erniedrigt den Menschen, doch der Demütige kommt zu Ehren» (Spr 29,23). Beispiele wie diejenigen von Mardochai, Daniel oder Josef zeigen, wie Gott politische Macht und Ehre denjenigen zuteilt, die in einer gottlosen Umgebung kompromisslos gottesfürchtig leben. Denn: «Die Furcht des Herrn ist die Schule der Weisheit, und der Ehre geht Demut voraus» (Spr 15,33; ebenso Spr 18,12).

24.

«Politik ist etwas für Machtmenschen, die weltliche Ehre begehren, aber sicher nichts für Christen.»

Machtprobleme gibt es auch in der Gemeinde

Übrigens: Machtmenschen gab und gibt es leider auch in der christlichen Gemeinde, wie zum Beispiel Diotrefes, der gerne der Erste sein wollte. Christen, die ihm gefährlich wurden, nahm er nicht in die Gemeinde auf, als wäre es seine private Gemeinde und nicht die Gemeinde von Jesus. Und diejenigen, die sich dann für die Abgelehnten einsetzten, schmiss er hinaus. Am Ende blieben nur solche übrig, die ihm nie widersprachen (3Joh 9–10). Trotz solchen Entgleisungen in der christlichen Gemeinde kommt die grosse Mehrheit der Christen nicht auf die Idee, nichts mehr mit der Gemeinde zu tun haben zu wollen. Sie bleibt eine Idee Gottes, genauso wie der Staat auch.

Missbrauch schliesst den richtigen Gebrauch nicht aus.

Missbrauch darf nicht zur Ausrede werden

Auch gibt es weltweit mehr defekte Ehen und Familien als intakte. Sie verkörpern, was Gott sich dabei gedacht hat. Trotzdem gehen wir nicht davon aus, dass es deswegen keine christliche Ehe oder Familie geben könne und jeder nur individuell Christ sein dürfe. Warum? Weil Ehe und Familie eine Schöpfung Gottes sind (1Mose 2,18–25; Mk 10,6–9). Gott schuf und will diese

soziale Institution und das heisst auch, dass eine christliche Ehe mehr ist als nur zwei privat an Gott Gläubige, die zusammenleben. Die Ehe ist ein verbindlicher Bund zwischen den Ehepartnern und mit Gott (Mal 2,14–15).

Dasselbe gilt für die Sexualität. Obwohl sie weltweit wahrscheinlich mehr missbraucht als im Sinne Gottes gebraucht wird, ist es uns von der Bibel untersagt, auf eheliche Sexualität zu verzichten (1Kor 7,1–6), Sexualität grundsätzlich zu verwerfen (1Tim 4,3) oder die Ehe madig zu machen (Hebr 13,4).

Wirtschaft und Politik sind von Gott geschaffene Bereiche

Wenn es aber um den Arbeitsplatz oder die Wirtschaft ganz allgemein, den Staat oder die Politik geht, versagt für einige Christen plötzlich diese Logik. Die Arbeit ebenso wie die Ehe wurde im Paradies von Gott für den Menschen geschaffen und dient Gottes Verherrlichung (Ehe: Eph 5,32; Arbeit: Kol 3,22–23; Eph 6,6). Die Bibel lehrt eindeutig, dass Gott den Staat will und eingesetzt hat (Röm 13,1–7; vgl. 1Petr 2,13–17).

Familie, Kirche, Wirtschaft und Staat sind von Gott geschaffene und grundsätzlich gewollte Bewährungsfelder unseres Glaubens.

Auch berichtet die Heilige Schrift breit davon, wie Gerechtigkeit in den Bereichen Wirtschaft und Politik aussehen soll und wie sich dort gläubige Menschen in führenden Stellungen bewährt haben. Denken Sie nur an Josef, Mose, David, Daniel, Zachäus, Kornelius, an den Kerkermeister von Philippi oder einen Bürgermeister von Athen.

Wirtschaft und Staat sind für Gott keine schmutzigen Tätigkeiten, bei denen Christen bestenfalls ihren persönlichen Glauben bewahren können. Es sind von ihm für seine Menschen geschaffene Arbeitsbereiche, wo sie einen sozialen und sogar einen göttlichen Auftrag haben.

Aber selbst wenn – wie im Falle der anderen beiden Schöpfungsordnungen Ehe/Familie und Kirche – noch

so viele Arbeitsverhältnisse, Wirtschaftsbeziehungen und Staaten im Argen liegen, kann uns das nicht daran hindern, unseren Auftrag darin zu sehen, bessere wirtschaftliche und politische Verhältnisse zu erreichen. Wie Familie und Kirche sind Wirtschaft, Staat und Politik nicht Bereiche, in denen wir leider notgedrungen mit anderen zusammenarbeiten müssten, sondern von Gott geschaffene und grundsätzlich gewollte Bewährungsfelder unseres Glaubens.

Gerade weil Christen nicht «von der Welt» sind, können sie dem Zeitgeist mit Gottes Wahrheit entgegentreten. Die Politik braucht dringend Männer und Frauen, die sich nicht den gängigen Ideologien beugen, sondern diese an der biblischen Wahrheit kritisch prüfen und ihre Stimme gegen alle Unwahrheit erheben. Darum bittet Jesus seinen himmlischen Vater für seine Nachfolger: «Ich bitte nicht, dass du sie aus der Welt nimmst, sondern dass du sie vor dem Bösen bewahrst. [...] Heilige sie in der Wahrheit; dein Wort ist Wahrheit [...] Wie du mich in die Welt gesandt hast, so habe auch ich sie in die Welt gesandt» (Joh 17,15–18). Christen werden nirgendwo in der Bibel davon dispensiert, sich in der von Gott eingesetzten Institution «Staatsgewalt» verantwortlich und gottesfürchtig zu betätigen.

Der Apostel Paulus fordert die christlichen Gemeinden auf, zuallererst zu beten, und zwar für die politischen Machthaber (1Tim 2,1–4). Gott möchte, dass sie von Irrtümern aller Art errettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit kommen. So werden sie befähigt, auch in ihrer politischen Tätigkeit Gutes von Bösem zu unterscheiden. Wenn Gott unser Gebet um gläubige und gottesfürchtige Politiker erhört, wäre es doch ziemlich verfehlt, den zum Glauben gekommenen Politikern zu

25.

«Christen sind nicht von der Welt (Joh 17,14–16). Politik befasst sich nur mit weltlichen Dingen. Sollten sich Christen nicht davon fernhalten?»

Christen zeichnen sich durch aktive und kritisch-konstruktive Teilnahme am politischen Leben aus christlicher Perspektive aus.

empfehlen, die Politik zu verlassen. Es ist kaum Gottes Absicht, dass gläubige Politiker das Feld möglichst rasch den Atheisten überlassen.

26.

«Christen sind Pilger und Fremdlinge in der Welt (1Petr 2,11). Wäre es darum nicht besser, wir würden uns nicht in die politischen Händel dieser Welt einmischen?»

Gäste und Fremde in dieser Welt sein bedeutet für den Apostel Petrus, dass wir unter den Menschen ein einwandfreies Leben führen. Das beinhaltet für Petrus kurz zusammengefasst: «Erweist allen Menschen Ehre, liebt die Brüder, fürchtet Gott, und ehrt den Kaiser» (1Petr 2,17). Christen melden sich aus ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung eben gerade nicht ab. Im Gegenteil: Christen zeichnen sich durch aktive und kritisch-konstruktive Teilnahme am politischen Leben aus christlicher Perspektive aus.

Christen können gut mit dem Vorläufigen leben

Christen sind Pilger und haben eigentlich eine andere Heimat als ihr irdisches Vaterland. Sie haben auch ein himmlisches Bürgerrecht, das wichtiger ist als ihr irdisches. Gerade dieser Bezug zur «anderen Welt» macht es Christen möglich, mit Realismus zu politisieren. Sie müssen durch ihr politisches Engagement nicht eine Utopie erschaffen. Sie haben nicht die Absicht den Himmel auf Erden zu erzwingen. Sie können gelassen mit dem Vorläufigen leben und kontinuierlich an Verbesserungen arbeiten. Selbst eine gute politische Ordnung ist nicht vollkommen. Politik ist gerade für den christlichen Politiker nicht das Höchste und Letzte. Er kann politische Macht haben und gebrauchen, sie aber

auch wieder loslassen. Sein persönlicher Wert und seine Bedeutung hängt nicht von seinen politischen Leistungen ab.

Der Staat muss sich im Auftrag Gottes in die irdischen Händel einmischen

Die Staatsgewalt ist eine von Gott eingesetzte Institution, «um die zu bestrafen, die Böses tun, und die auszuzeichnen, die Gutes tun» (1Petr 2,14). Christliche Politik setzt sich in den politischen Händeln dieser Welt für Gerechtigkeit nach Gottes Massstäben ein. Denn wenn der Apostel Paulus davon ausgeht, dass der Staat das «Gute» zu beschützen habe und das «Böse» strafen müsse, überliess er die Definition von Gut und Böse sicher nicht dem Staat. Gut und Böse versteht Paulus in allen seinen Schriften auf dem Hintergrund der Thora, dem alttestamentlichen Gesetz. Darum ist auch verantwortliche christliche Mitarbeit in der Politik als Parlamentarier, Kommissionsmitglied, Gemeindeschreiber, Amtsvormundin, Leiterin der Sozialabteilung oder Polizist ein Dienst für Gott. Denn sie tragen Gottes Massstäbe und Charaktereigenschaften in die politische Ordnung.

Christen wissen, dass diese Schöpfung vergeht. Aber deswegen bleibt sie doch Gottes Schöpfung und jeder, der sich in von Gott gewollten Lebensbereichen wie Ehe und Familie, Arbeit sowie Wirtschaft und Politik und Staat engagiert, handelt nach dem Willen Gottes.

27.

«Das Thema
 <Christ und Politik>
 spaltet die
 Gemeinde. Zeigt
 das nicht deutlich,
 dass Christen sich
 davor hüten
 sollten?»

Nicht jede Meinungsverschiedenheit ist eine Spaltung. Gemeinden, die sich wegen politischer Themen spalten, sind viel seltener als solche, die sich wegen der Einstellung zur Bibel, der charismatischen Frage oder der Tauffrage usw. spalten. Wenn wir alles unterlassen würden, was die Gemeinde spaltet, könnten wir praktisch nichts mehr tun. Auf keinen Fall dürften wir mehr taufen! Jesus selbst hat von sich gesagt, dass er Familien und Menschen spaltet (Mt 10,34f.). Sollen wir darum nicht mehr von ihm reden?

Viel wichtiger wäre es, dass wir in unseren Gemeinden über Gottes grundlegende Ordnungen und biblische Ethik besser Bescheid wüssten. Dann könnten wir die politischen Ideologien und Forderungen klarer beurteilen. *Wer sich darin übt, wird auch lernen, Grundlegendes, Nebensächliches und Persönliches in der Politik voneinander zu unterscheiden.*

28.

«Machen sich
 Christen, die sich
 politisch betätigen,
 nicht zu Helfershelfern
 der politischen
 Korruption, der
 Fehlentscheide
 usw.?»

Christen, die sich nicht politisch betätigen, sagen ja zum Gang der Dinge. Wer politische Korruption oder Fehlentscheide bekämpfen oder verhindern will, muss sich politisch engagieren. Mit politischer Enthaltensamkeit verschärft man die Probleme, statt sie zu lösen. Und man wird so mitverantwortlich.

Die moralische Integrität von Daniel, Joseph oder den römischen Offizieren, die Christen geworden waren, sind bis heute ein leuchtendes Zeugnis und der Beweis dafür, dass Gott will, dass wir mitten in dieser Welt seine Ordnungen bezeugen.

Mut, um sich an der Bibel zu orientieren

Das Neue Testament gibt gläubigen Beamten seiner Zeit klare und gerechte Vorgaben für das Ausüben ihrer Steuer-, Militär- und Polizeiamter, die sie selbstverständlich weiter ausüben sollten. So sagte Johannes der

Täufer zu Beamten im Dienst der römischen Besatzung: «Es kamen aber auch Zöllner, um getauft zu werden. Und sie sagten zu ihm: «Lehrer, was sollen wir tun?» Er aber sagte zu ihnen: «Fordert nicht mehr, als euch bestimmt ist.» Es fragten ihn aber Kriegersleute und sagten: «Und was sollen wir tun?» Er sprach aber zu ihnen: «Tut niemand Gewalt an, erpresst niemanden und begnügt euch mit eurem Sold» (Lk 3,12–14; vgl. Lk 7,29).

Nachdem der staatliche Zolleintreiber Zachäus an Jesus gläubig geworden war, gab er seinen Beruf deswegen nicht auf. Wohl aber brachte er seine unrechtmässigen Forderungen in Ordnung. Er gab allen von ihm Betrogenen das zuviel verlangte Geld und eine Entschädigung zurück (Lk 19,1–10): «Wenn ich jemandem durch falsche Anklage etwas abgenommen habe, erstatte ich es vierfach zurück» (Lk 19,8). Dabei handelte er nach biblischem Recht (siehe 2Mo 21,37).

Christen beteiligen sich nicht daran, den Staat durch Passivität zu lähmen oder die Demokratie durch politische Enthaltensamkeit auszuhungern.

Der Christ unterstützt den Rechtsstaat

Wenn Christen den Staat kritisieren, kann dies nie geschehen, um ihn abzuschaffen. Vielmehr geht es darum, ihn an seine gottgewollte Aufgabe zu erinnern und um ihn zu verbessern. Anarchie ist gegen den ausdrücklichen Willen Gottes. ***Der Staat ist zwar nicht göttlich, aber gottgewollt.*** Christen beteiligen sich nicht an Versuchen, die wahrhaft nicht angenehme Aufgabe des Staates, in Frage zu stellen, zu boykottieren oder durch Passivität zu lähmen und die Demokratie auszuhöhlen. So haben sie prinzipiell erst einmal eine positive Einstellung zur Polizei oder der Justiz und unterstützen diese im Bekämpfen des Bösen. Gott will, dass die «bösen Werke» vom Staat bestraft werden. Das findet seine Grenze erst, wenn der Staat anfängt, das Gute zu bestrafen oder zum Bösen zu zwingen.

29.

«Ist es nicht so, dass christliche Politiker Gott und das Evangelium diskreditieren, wenn sie mit Ungläubigen gemeinsame Sache machen?»

Christen ehren Gott, wenn sie sich nach seinem Willen in der von ihm geschaffenen Institution «Staatsgewalt» engagieren. Die biblische Ethik lässt sich in allen Lebensbereichen umsetzen, sei das im persönlichen Leben, am Arbeitsplatz oder in der christlichen Gemeinde. Gott verspricht ihnen sogar die Anerkennung des Volkes für gute politische Arbeit: «Kommen die Gerechten an die Macht, dann freut sich das Volk» (Spr 29,2). Christliche Gemeinden profitieren in der Schweiz enorm von Abmachungen und Regelungen, welche die Politik für unser Land erarbeitet hat.

Mitarbeit gefordert

Laut dem Apostel Paulus sollten Christen keine Berührungspunkte haben, wenn es um die Politik geht: «Erinnere alle in der Gemeinde daran, sich der Regierung und den staatlichen Behörden unterzuordnen. Sie sollen ihnen gehorchen und darüber hinaus bereit sein, bei allem Guten mitzuwirken» (Tit 3,1). Damit sind Christen klar aufgefordert und beauftragt, bei den guten Dingen im Staat mitzuarbeiten. Dies können sie mit gutem Gewissen Seite an Seite mit Nichtchristen tun.

Politik ist für einen Christen nicht fremdes Territorium. Denn der Staat ist genauso eine von Gott geschaffene Schöpfungsordnung wie die Kirche. Gott hat uns das ausdrückliche Gebot gegeben, uns dem Staat ein- und unterzuordnen (Röm 13,1; 1Petr 2,11ff.). Das war damals der römische Staat. Von diesem Staat sagte der Apostel ausdrücklich, dass er «Diener Gottes» ist (Röm 13,4), selbst wenn er Christen wegen böser Taten bestraft.

Christen sollen ein reines Gewissen haben. Tun sie aber das Böse, dann ist der Staat Gottes Diener, um auch die Christen rechtmässig zu bestrafen. Der Staat darf keinen Unterschied zwischen Christen und anderen Menschen machen. Wenn es «kein Ansehen der Person» gibt (Kol 3,25; 3Mo 19,15), müssen die Verbrechen und Vergehen von Christen ebenso gerecht bestraft werden wie die von anderen Menschen.

Steuerhinterziehung wird nicht besser, wenn man den «Gewinn» in die Mission gibt. Lebensgefährliches Schnellfahren und Falschparken wird nicht besser, weil man auf dem Weg zum Gottesdienst ist. Gewalt gegen den Staat wird nicht besser, weil man ein geistliches Anliegen hat.

Der Staat hat schon deswegen keinen Unterschied zwischen Christen und anderen zu machen, weil er nur die «Werke» (Röm 13,3), also das «Tun», beurteilen soll, nicht etwa die Gesinnung. Denn der Staat hat vor Gericht nicht über das Denken oder die Motive, sondern über die konkreten Taten zu Gericht zu sitzen.

«Gott aber half Josef, sodass ihm alles glückte, was er tat. [...] Von diesem Zeitpunkt an lag der Segen Gottes auf Potifar; Josef zuliebe liess Gott im Haus und auf den Feldern alles gedeihen» (1Mose 39,2–4).

Christen sind Segensträger

Auch die Ehe ist eine Schöpfungsordnung Gottes. Sie ist idealerweise für zwei Menschen gedacht, die an Gott glauben. Ein Christ sollte deswegen keinen Ungläubigen heiraten. Ist er aber trotzdem mit einem Ungläubigen verheiratet, zum Beispiel weil er selbst erst nach der Heirat Christ wurde, ist seine Ehe voll gültig. Auf dem ungläubigen Ehepartner ruht sogar ein besonderer Segen Gottes, weil er mit einem Gläubigen verheiratet ist (1Kor 7,14)! ***Auf die Schöpfungsordnung Staat übertragen bedeutet dieses Prinzip, dass die Arbeit des Staates durch die Zusammenarbeit von christlichen Politikern mit anderen besonders von Gott gesegnet ist.***

Dieses Prinzip sehen wir ausdrücklich im Leben von Joseph. «Gott aber half Josef, sodass ihm alles glückte, was er tat. Weil der Ägypter sah, dass Gott Josef beistand und ihm alles gelingen liess, fand Josef seine Gunst. Er machte ihn zu seinem persönlichen Diener, übergab ihm sogar die Aufsicht über sein Hauswesen und vertraute ihm die Verwaltung seines ganzen Besitzes an. Von diesem Zeitpunkt an lag der Segen Gottes auf Potifar; Josef zuliebe liess Gott im Haus und auf den Feldern alles gedeihen» (1Mose 39,2–4).

30.

«Ist Parteipolitik für einen Christen nicht unwürdig? Einer Partei angehören bringt in der Kirche und in der Gesellschaft Spaltung hervor.»

Politische Parteien sind die Gefässe, in denen sich gleichgesinnte Bürgerinnen und Bürger politisch engagieren. Meist teilen sie eine gemeinsame Weltanschauung. Der christliche Glaube ist eine umfassende Grundlage für politisches Engagement. Christliche Politik heisst: Partei ergreifen für die Sache Gottes, für eine gerechte Ordnung nach biblischen Richtlinien. In diesem Sinn schliessen sich in einer christlichen Partei Leute zusammen, die gemeinsam dafür einstehen wollen, dass die christlichen Werte in die politischen Prozesse und Entscheidungen in Gemeinde, Kanton und Bund einfliessen können.

Für den Zusammenhalt unseres vielfältigen Landes (Sprachen, Regionen, Kulturen, Religionen) ist die Parteitätigkeit von grosser Bedeutung. Denn die Parteien fassen die in der Gesellschaft bestehenden Interessen zusammen und vertreten diese Anliegen in den Behörden. Politische Parteien haben laut schweizerischer Bundesverfassung (Art. 137) auch den Zweck, «an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes mitzuwirken». Überdies sind politische Parteien in einer Demokratie sehr wichtig für das Funktionieren des Staates. Allein für die Besetzung aller Regierungs- und Parlamentssitze auf Bundesebene, in den Kantonen und Gemeinden rekrutieren die Parteien rund 35'000 Personen. Hinzu kommen in den Gemeinden Zehntausende von Kommissionssitzen für Schulbehörden, Rechnungsprüfungskommission, Baukommission usw.

Christen sind Zeugen für Gott. Darum sollten sie sich nicht scheuen, Gottes Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit öffentlich zu vertreten, denn «Gerechtigkeit erhöht ein Volk» (Spr 14,34).

31.

«Christen sollten ihre Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik vertreten.»

Macht und Recht: ein Thema für Christen

Macht ohne Recht wird unmenschlich, Recht ohne Macht bleibt unwirksam. Darum ist es eine politische Daueraufgabe gerade auch für Christen, dem Recht zur Macht zu verhelfen und die Macht durch Recht zu bändigen. So sagt Gott: «Verhelft den Wehrlosen und Waisen zu ihrem Recht! Behandelt den Armen und Bedürftigen, wie es ihm zusteht! Reisst sie aus den Klauen ihrer Unterdrücker» (Ps 82,3f.)!

Aufgrund ihres Glaubens wissen Christen: Gerechtigkeit ist eine der grundlegendsten Eigenschaften Gottes. Er ist gegenüber jedem Menschen gerecht und fair. Durch die biblische Geschichte und die Gebote offenbart Gott das Urprinzip des Rechtsstaates: Nicht ein Mensch soll über andere Menschen herrschen, sondern das Gesetz. Aus christlicher Perspektive kann die moralische Rechtmässigkeit der menschlichen Gesetzgebung (das sog. «positive Recht») überprüft werden. Orientiert sich ein Gesetz am göttlichen Massstab?

Gottes Offenbarung ist ein Schatz göttlicher Gerechtigkeit und Weisheit, auf die kein Rechtsstaat verzichten kann, ohne Schaden zu nehmen (siehe 5Mose 4,5–8).

Recht ist öffentliche Moral. Das Recht fasst denjenigen Teil der Moral zusammen, den der Staat überwachen darf, kann und will. Das Recht umfasst damit nur einen Ausschnitt der Ethik. Aber einen, der das moralische Bewusstsein, vor allem aufgrund des sichtbaren Strafmasses, stark prägt – im Guten wie im Schlechten.

Es ist eine politische Daueraufgabe gerade auch für Christen, dem Recht zur Macht zu verhelfen.

32.

*«Es gibt Christen, die links und andere, die rechts politisieren. Das zeigt, dass es **die** christliche Politik gar nicht gibt.»*

Gottes Offenbarung setzt uns einen Rahmen für unser Leben, Denken und Planen, aber sie füllt diesen Rahmen nicht aus. Gott lebt nicht unser Leben, sondern schafft nur die Voraussetzungen dafür. Grundlegende biblische Prinzipien werden uns oft noch an Fallbeispielen oder Geschichten illustriert. Aber ansonsten fordert uns die Bibel auf, abzuwägen, nachzudenken, Rat zu suchen und dann die Verantwortung für unsere Entscheidung zu übernehmen. Das ist auch der Grund, warum grosse Teile der biblischen Gebote negativ formuliert sind («Du sollst nicht ...»). Gerade das, was viele stört, hat viel mit Freiheit zu tun. Denn das «nicht» setzt die Grenzen fest, ohne die Details vorzuschreiben. Innerhalb der Grenzen ist uns sehr viel Gestaltungsfreiraum gegeben.

Urteilsbildung an der Bibel

Wir Christen sollen zwar nicht von den Vorstellungen dieser Welt geprägt sein (Röm 12,1–3), sind es aber leider allzu oft. Deswegen widerspiegeln auch viele Christen die Tagesmeinungen ihrer Gesellschaft. Fast alle demokratischen Staaten sind politisch in zwei grosse Lager gespalten und da machen Christen oft keine Ausnahme. Tatsächlich sind auch in bestimmten Fragen die christlichen Ziele eher auf der einen oder auf der anderen politischen Seite zu verwirklichen. Das alles ist aber kein Argument dafür, dass es christliche Politik nicht gibt, sondern nur, dass sie nicht im Tagesgeschäft auf der Strasse zu finden ist.

Es ist wichtig, zwischen den Tagesmeinungen einen eigenen dauerhaften ethischen Standpunkt zu gewinnen.

Auch die christlichen Familien widerspiegeln oft gesellschaftliche Erziehungsmodelle. Die eine Familie hält es eher mit dem antiautoritären, die andere mehr mit dem autoritären Model. Das heisst aber nicht, dass es die Familie nach dem Willen Gottes nicht gibt, sondern zeigt eher, wie wichtig es ist, zwischen den Tagesmeinungen einen eigenen dauerhaften ethischen Standpunkt zu gewinnen.

Man kann berechtigterweise die Frage stellen ob Gott legitimiert ist, allen Menschen «dreinzureden», auch dem Staat? Es gibt mehrere Gründe die dafür sprechen, dass Gott berechtigt ist.

Das Recht des Schöpfers

Erstens ist er der Schöpfer. Alles was existiert verdankt ihm sein Dasein. Auch der Mensch ist Gottes Werk. Er ist sein ganz besondere Werk, denn er hat sie sich selbst ähnlich geschaffen. Darum nehmen sie in der ganzen Schöpfung einen Ehrenplatz ein. Die ganze Welt wurde für die Menschen gemacht und ihnen anvertraut.

Als Schöpfer ist Gott verpflichtet den Menschen zu sagen, wozu er sie gemacht hat. In der Bibel hat er uns das schriftlich mitgeteilt. Seine Gebote sind wie eine Gebrauchsanweisung für ein erfülltes Leben. Gott informiert uns auch über die Folgen, wenn wir seine Gebote halten und wenn wir sie verwerfen.

Als Schöpfer ist Gott aber nicht nur verpflichtet uns über den Sinn unseres Daseins zu informieren. Er hat auch das legitime Recht uns verbindliche Gebote zu geben. Er hat das Recht, seine moralischen Gesetzmässigkeiten mit positiven und negativen Folgen zu verknüpfen.

Das Recht des Gerechten

Zweitens ist Gott gerecht und fair. Seine Gebote zeichnen sich durch wahrhafte Gerechtigkeit aus. Wenn sie befolgt werden, bleibt niemand auf der Strecke. Es kann vorkommen, dass wir Menschen Gottes Gerechtigkeit nicht als solche erkennen und ihm Ungerechtigkeit vorwerfen. Das hat mit unserer beschränkten Sicht der Dinge zu tun. Es kann auch daran liegen, dass wir ein anderes Gerechtigkeitsempfinden haben als Gott. Es hat vor allem damit zu tun, dass wir Geschöpfe sind und er der Schöpfer. «Mensch, vergiss nicht, wer

33.

Darf man davon ausgehen, dass die biblischen Gebote für alle Menschen und auch für die Politik gelten und nicht nur für diejenigen, die daran glauben?

«Sie bilden sich ein, sie könnten die Rollen vertauschen! Der Ton kann doch nicht so tun, als wäre er der Töpfer! Oder kann das Werk von seinem Schöpfer sagen: »Er hat mich nicht gemacht«? Kann das Tongefäss vom Töpfer sagen: »Er versteht nichts davon«? (Jes 29,16)

du bist! Du kannst dir doch nicht herausnehmen, Gott zu kritisieren! Sagt vielleicht ein Gebilde aus Ton zu seinem Bildner: Warum hast du mich so gemacht? Und hat ein Töpfer nicht das Recht, aus einem Tonklumpen zwei ganz verschiedene Gefässe zu machen (Röm 9,20f.).

Das Recht des Guten

Der dritte Grund, warum Gott legitimiert ist den Menschen «dreinzureden» ist seine Liebe. Er liebt die Menschen so sehr, dass er das Leben seines Sohnes gab, um sie zu erlösen (Joh 3,16). Grössere und reinere Liebe als Gott sie zu den Menschen hat, gibt es nicht. Hinter seiner Liebe zu uns verbergen sich keine egoistischen Interessen.

Das Recht des Wahren und Allmächtigen

Der vierte Grund ist, dass Gott völlig vertrauenswürdig ist. Er lügt uns nicht an. Was er in der Bibel ausschreiben liess, ist zuverlässig und wahr. Wir können uns auf sein Wort verlassen. Er hat auch die Macht, das, was er sagt zu tun. Er ist keinen Sachzwängen unterworfen. Darum bekennt Hiob: «Ich weiss jetzt, dass dir nichts unmöglich ist; denn alles, was du planst, führst du auch aus» (Hiob 42,2).

Gott vertrauen ist vernünftig

Zusammenfassend können wir zu Recht feststellen: Es gibt niemanden, der auch nur annähernd so legitimiert wäre, den Menschen Gebote zu geben, wie der Gott der Bibel: unser Schöpfer und Erlöser. Es gibt keinen vernünftigen Grund Gott nicht zu vertrauen. Weil Gott so ist, wie er sich in der Bibel offenbart, ist es keine

Zumutung, wenn es heisst: «Liebt den Herrn, euren Gott, und befolgt stets seine Weisungen, seine Anordnungen, Gebote und Rechtsbestimmungen» (5Mo 10,1)! Viel eher ist es eine Zumutung, dazu aufgefordert zu werden jemand anderem das Vertrauen zu schenken.

Auch wer sich entschliesst Gott nicht zu vertrauen, ist trotzdem sein Geschöpf, das täglich von seiner Güte lebt. Auch für diese Menschen gelten die moralischen Gebote der Bibel. Selbst wer Gott nicht liebt, sondern seine Gebote aus anderen Gründen hält, kann am Segen Anteil haben. Auch wer in einer Gesellschaft lebt, wo Gottes Gebote beachtet werden, profitiert von den positiven Wirkungen.

Darum sollten wir Gott und seine Offenbarung niemals von vornherein aus der öffentlichen Diskussion ausschliessen. Es ist die Aufgabe der christlichen Politik Gott und die Bibel immer neu in die politische Diskussion um die besten Lösungen einzubringen.

Gott ist der Schöpfer aller Menschen und jeder Mensch ist in seinem Ebenbild geschaffen. Das, was einen Menschen zum Menschen macht und ihn z. B. von den Tieren unterscheidet, ist diese «Gottähnlichkeit». In ihrem Menschsein sind sich alle Menschen gleich. Darum kann man davon ausgehen, dass die Gebote Gottes, wie beispielsweise die Zehn Gebote, für alle Menschen Freiheit und Schutz bedeuten.

34.

«Sind die biblischen Gebote für alle Menschen gültig und nützlich?»

Gebote für alle Menschen

Eine andere Zusammenfassung der biblischen Gebote ist: «Es ist dir gesagt, o Mensch, was gut ist und was der HERR von dir fordert: Was anders als Recht tun, Liebe üben und demütig wandeln mit deinem Gott?» (Micha 6,8) Auch das scheint universal anwendbar zu sein.

Gott hat die Menschen nicht nur geschaffen und ihnen die Aufgabe gegeben, sich zu vermehren, die Erde zu bevölkern und sie zu bebauen und zu bewahren (1Mose 1,26–31; 2,15). Er hat ihnen auch seine Gebote offenbart, damit sie diese Aufgabe in Freiheit, gegenseitigem Respekt und erfolgreich tun können. Dadurch ist ein menschenwürdiges Leben möglich.

Gerechte Beziehungen

Der Mensch lebt primär beziehungsorientiert. Die Beziehungen zwischen Gott, den Einzelmenschen und der Gesellschaft bestehen in einem gegenseitigen Rechte-Pflichten-Verhältnis. Die Bibel offenbart in Geboten, Fallbeispielen und historischen Begebenheiten die gerechten Prinzipien dieser Verhältnisse. Damit wird die Freiheit geschützt und begrenzt, damit der Starke nicht auf Kosten des Schwachen leben kann. Die Aufgabe christlicher Politik ist es, diese schöpfungsmässigen Prinzipien in der Bibel zu entdecken und sie auf konkrete gesellschaftspolitische Fragestellungen anzuwenden. Das erlaubt ein Höchstmass an Freiheit und Gerechtigkeit für alle.

Der Mensch lebt primär beziehungsorientiert. Damit die Starken nicht auf Kosten der Schwachen leben können, hat Gott die Beziehungen als gegenseitige Rechte und Pflichten definiert.

Die staatlichen Gesetze sollten die biblischen Prinzipien der Gerechtigkeit widerspiegeln. Darum ist beispielsweise auch die Strassenverkehrsordnung Bestandteil christlicher Ethik, auch wenn die Bibel das Autofahren weder kennt noch Ähnliches im Detail regelt.

In der Welt ist alles seit dem Sündenfall von der Sünde betroffen. Deswegen gibt es nichts Perfektes in dieser Welt. Selbst wiedergeborene Christen sündigen noch und werden ein vollkommenes Leben in Liebe erst nach dem Tod erreichen, wenn sie in ewiger Gemeinschaft mit Jesus Christus leben.

Dass man jedoch deswegen der Sünde Vorschub leisten sollte, stellt die Sache auf den Kopf. Der Staat hat die Aufgabe, das Böse einzudämmen (Röm 13,1–7). Dass er das dafür gegebene Gewaltmonopol auch missbrauchen kann, ändert nichts daran, dass er «Diener Gottes» ist, wenn er das Böse bekämpft. Illusorisch wäre eine Welt, die keinen Staat benötigt. Völlig in der Wirklichkeit verwurzelt ist aber der Gedanke, dass der Staat für seine Aufgabe dringend Christen benötigt, die aufgrund ihrer Bibelkenntnis Gut und Böse unterscheiden können.

35.

«Ist christliche Politik nicht illusorisch?»

Demokratie bedeutet, dass sich Personen an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligen können. Das Wort Demokratie setzt sich aus «demos» (Volk) und «kratein» (herrschen) zusammen. Das betroffene Volk kann sich selbst regieren und trägt die Verantwortung. Alle politische Verantwortung und Macht geht vom Volk aus. Demokratie wird meist so gehandhabt, dass Mehrheitsentscheide für alle verbindlich sind.

36.

«Ist Demokratie eigentlich biblisch?»

Demokratie und Freiheit

Die Menschen wurden als frei und selbstverantwortlich geschaffen. Das gehört zur Menschenwürde. Sie konnten sich frei für oder gegen Gott entscheiden und die angekündigten Folgen tragen. Wahlfreiheit und Verantwortung für die Folgen übernehmen, entspricht dem menschlichen Wesen.

Demokratie in der Bibel

Das biblische Recht ist an das ganze Volk gerichtet. So heisst es im Gesetz standardmässig «du». Jeder Einzelne im Volk ist für die Einhaltung des Rechts verantwortlich, indem er sich selber daran hält und darüber wacht, dass Verletzungen des Rechts wiedergutmacht werden.

Der Bundesschluss Gottes mit seinem Volk am Sinai ist das klassische Beispiel für einen demokratischen Vorgang. Das biblische Grundgesetz, die Thora, wurde dem Volk zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt. Die Bibel berichtet, dass sich das Volk mehrheitlich für dieses Grundgesetz aussprach: «Das ganze Volk antwortete einmütig: Wir wollen alles tun, was der HERR uns befiehlt!» (siehe 2Mo 24,3+4; 5Mo 26,16–19). Die Thora hat den Status der Verfassung. Auf der Grundlage der Thora sollen die Behörden Gesetze erlassen und Recht sprechen. Damit ist die biblische Staatsform eine theonome Demokratie: eine Demokratie auf der Grundlage von Gottes (theos) Gesetz (nomos).

Die vom Volk angenommene Verfassung war oberste Autorität im Staat, nicht der König. Von ihm wurde verlangt, dass er eine Abschrift der Thora haben musste, um seine Gesetze auf ihre Verfassungsmässigkeit zu prüfen (5Mo 17,14ff.; 2Kö 23,1–3).

Die Stammesführer (vergleichbar mit der Funktion des Ständerates) setzten den von Gott erwählten König durch Mehrheitsbeschluss ein (1Sam 10,20ff.; 5Mo 17,14). Die Reichsteilung im Staat Israel kam durch Mehrheitsbeschluss der Stammesvertreter zustande. Ausschlag gab die vom angehenden König in Aussicht gestellte Steuererhöhung. Auch Richter und Verwaltungsangestellte wurden vom Volk gewählt und vom König eingesetzt (5Mo 16,18–20; 2Chr 19,5ff.). Auch das Recht Krieg zu führen, ging vom Volk aus. Denn es gab neben einem kleinen stehenden Heer im Sinne einer königlichen Leibwache die Milizarmee, die den Stämmen unterstand (z. B. 4Mo 1,3+18ff.).

Demokratische Ordnung im Neuen Testament

Auch in der neutestamentlichen Gemeinde werden Entscheide demokratisch gefällt. Beispiele sind die Einsetzungen von Ältesten in den asiatischen Gemeinden durch Paulus und Barnabas (Apg 14,23). Das dort für einsetzen gewählte Wort bedeutet «durch Handaufstecken einsetzen». Das heisst, dass die Gemeinde die in Frage kommenden Kandidaten durch eine offene Wahl wählte. Darauf wurden sie von den Aposteln in ihrem Amt bestätigt.

In gleicher Weise wurde Titus von mehreren Gemeinden durch offene Wahl zum Begleiter des Apostels Paulus bestimmt (2Kor 8,19).

Auch die Diskussion in Apostelgeschichte 15 über die Bedeutung der Reinheitsgebote für die nicht-jüdischen Gläubigen wurde offen und kontrovers geführt. Alle Betroffenen nahmen durch Vertreter an der Diskussion teil. Schliesslich unterbreitete Jakobus der Versammlung einen biblisch wasserdichten Kompromissvorschlag. Dieser wurde einmütig gutgeheissen. Falls mit der Ausdrucksweise «einmütig» nicht einstimmig gemeint ist, bedeutet es, dass sich die Minderheit bereit erklärte, den Mehrheitsbeschluss zu unterstützen.

Diese demokratische Art, Ämter zu besetzen und Entscheidungen zu treffen, ist zutiefst biblisch. Sie entspricht ganz dem freien und selbstverantwortlichen Wesen des Menschen.

Die demokratische Art, Ämter zu besetzen und Entscheidungen zu treffen, ist zutiefst biblisch. Sie entspricht ganz dem freien und selbstverantwortlichen Wesen des Menschen.

37.

«Lässt sich die Bergpredigt politisch überhaupt umsetzen?»

In der Bergpredigt fordert Jesus seine Jünger dazu auf, ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen und das Salz der Erde zu sein. Direkt nach den Seligpreisungen macht Jesus am Beispiel von Salz und Licht deutlich, dass Gläubige nicht nur für sich selbst leben und wirken sollen (Mt 5,13–16). Er fordert ausdrücklich zum Handeln für und vor allen Menschen auf: «So soll euer Licht leuchten vor den Menschen, damit sie eure guten Werke sehen und euren Vater, der im Himmel ist, verherrlichen» (Mt 5,16).

Die Bergpredigt setzt den Rechtsstaat voraus

In der Bergpredigt geht es Jesus darum, die falsche Gesetzesauslegung der Pharisäer zu korrigieren. Er stellt der damals üblichen Auslegung seine eigene gegenüber. Damit will er die ursprüngliche Bedeutung der Gebote wieder herstellen. Gleichzeitig kann man in der Bergpredigt eine Unterscheidung zwischen politischer und persönlicher Ethik beobachten. Für Jesus steht die persönliche Ethik an erster Stelle. Das gerechte Verhalten des Einzelnen steht für ihn im Vordergrund. Die persönliche Ethik ist Voraussetzung dafür, dass die politische Ethik oder der Staat funktionieren.

Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Die staatliche Gesetzgebung funktioniert dort, wo sie vom Volk innerlich mitgetragen wird. Darum braucht eine gerechte Gesetzgebung zuerst ein Volk, das gerechte persönliche Beziehungen lebt. Darum betont Jesus diesen Aspekt der Ethik in der Bergpredigt ganz besonders.

Die Bergpredigt ist die persönliche Grundlage dafür, dass Politik funktioniert.

Dieser Umstand ist zum Beispiel in Ländern zu beobachten, die von Korruption, Vetternwirtschaft oder organisiertem Verbrechen gebeutelt werden. Mit der persönlichen Ethik der Beamten stehen und fallen die Leitlinien der Entwicklungsorganisationen für Good-Governance (= gute Regierungsführung).

Auch unser Staat lebt von aufrichtigen und zuverlässigen Politikern und Beamten. Sie sollten ein Gerechtigkeitsempfinden haben, das klar zwischen Mein und Dein unterscheidet. Und sie sollten sich als Diener Gottes sehen. Damit sind Ehre und Verantwortung verknüpft. Insofern ist die Bergpredigt die persönliche Grundlage dafür, dass Politik funktioniert.

Bergpredigt und Politik

Als Beispiel für die politische Praktikierbarkeit der Bergpredigt sei das Beispiel mit der Backe genannt (Mt 5,38–42). Jesus zitiert das so genannte «lex talionis». Das ist ein Rechtsprinzip für den Schadenfall. Die Wiedergutmachung soll dem Schaden entsprechen. Die lex talionis bringt erstens sprichwortartig zum Ausdruck, dass jeder Schaden eine gerechte Wiedergutmachung verdient. Zweitens hat die lex talionis eine beschränkende Funktion. Die Wiedergutmachung darf nicht über den Schaden hinausgehen (Verhältnismässigkeits-Grundsatz). Drittens wurde die lex talionis im Regelfall so angewandt, dass dem Geschädigten der Schaden in Form von Geld oder Ähnlichem ersetzt wurde. Dass «Schaden um Schaden, Auge um Auge, Zahn um Zahn» (3Mose 24,20) nicht wörtlich ausgeführt wurde, zeigt etwa 3Mose 24,17–21. Für getötetes Vieh wurde zum Beispiel nicht das Vieh des Schuldigen erschlagen. Vielmehr musste er ein gleichwertiges Vieh oder den Gegenwert ersetzen.

Die Bergpredigt schafft die rechtsstaatliche Justiz nicht ab, sondern setzt sie voraus.

Beispiel Wiedergutmachung

Diese Art der staatlich überwachten Wiedergutmachung wird im Neuen Testament nirgends aufgehoben. Bei Uneinigkeit über die Höhe der Wiedergutmachung ist es der Staatsgewalt vorbehalten, endgültig zu entscheiden. Nach Röm 13,4 ist die Obrigkeit «Gottes

Dienerin, eine Rächerin zur Strafe für den, der Böses tut». Diese staatliche Wiederherstellung des Rechts steht nicht etwa im Gegensatz zur Liebe, denn wenige Verse später ist vom Liebesgebot die Rede (Röm 13,8–10). Es gilt die persönliche und die politische Ebene zu unterscheiden. Diese Pflicht des Staates tastet Jesus in der Bergpredigt gar nicht an, sondern setzt sie voraus. Denn er spricht ja ausdrücklich vom Gericht (Mt 5,40), von Richtern, Gerichtsdienern und Gefängnis (Mt 5,25).

Die Aussage in Mt 5,39. «Widersteht nicht dem Bösen», heisst nicht, dass wir ethisch gleichgültig sein sollen. Es ist das Böse gemeint, das in Mt 5,39–41 näher beschrieben wird, also der juristische Gegner und der Gegenstand des Streites: Beleidigung (Schlagen mit dem Handrücken der linken Hand auf die rechte Backe), falsche Forderungen und Zwang. Ein Christ sollte um des Friedens willen in der Lage sein, auf sein Recht zu verzichten. Er sollte sogar das unrechtmässig von ihm Geforderte in noch grösserem Umfang als gefordert zulassen. Das ist der Bereich der persönlichen Ethik. Es ist auch der Bereich der Weisheit. Christen haben die Option, durch ihr Verhalten das Böse mit Gutem zu überwinden (Röm 12,21).

Weisheit ist: zuerst Versöhnung suchen

Aber der Aufruf zu Friedfertigkeit und Versöhnung ersetzt in der Bergpredigt die staatliche Gewalt, die Recht ohne Ansehen der Person sprechen muss, keineswegs. Auf dem Weg zum Richter soll eine Versöhnung stattfinden (Mt 5,25). Ähnlich heisst es in Spr 17,14: «Bevor also der Rechtsstreit losbricht, lass ab» und in Spr 25,8: «Laufe nicht zu schnell zum Gericht, denn was willst du am Ende machen, wenn dich dein Nächster beschämt?» Dies wird auch aus der Parallele in Lk 12,57f. deutlich: «Denn wenn du mit deinem Gegner vor die Obrigkeit gehst, so gib dir auf dem Weg Mühe, die Sache mit ihm in Ordnung zu bringen. Wenn du erst einmal vor Gericht stehst, wird dich der Richter

dem Gefängniswärter übergeben, und der bringt dich ins Gefängnis ... bis du auch den letzten Heller bezahlt hast.»

Zusammengefasst heisst das: Der Versuch der Schlichtung, Mediation, ja Versöhnung, ist biblisch und sollte für Christen immer vor rechtsstaatlichen Mitteln stehen. Dabei sollte die persönliche Bereitschaft, den Kürzeren zu ziehen, vorhanden sein. Auch gebietet die Vernunft, sich darüber im Klaren zu sein, dass Mittel des Rechts oft, aber eben nicht immer zur gewünschten Klärung führen können. Nicht jeder, der Recht hat, erhält auch Recht. Das ist eine Erfahrung, die leider auch in einem demokratischen Rechtsstaat zum Alltag gehört.

Alle diese Mahnungen zur Mässigung und zur Grosszügigkeit heben aber die Notwendigkeit des Rechts und des rechtmässigen Vorgehens in Streitsachen nicht auf. Der Staat, der einem Geschädigten zu seinem Recht verhilft, wird nicht dadurch überflüssig, weil es Christen gibt, die unter Umständen auf ihr Recht verzichten. Sonst würde nicht mehr der Staat Recht sprechen, sondern es gälte das Recht des Stärkeren. Es geht hier nicht um einen Gegensatz, sondern um eine gegenseitige Ergänzung: Die Bergpredigt ist das Fundament für eine gute Staatstätigkeit.

Jesus stellt klar, dass ohne die Gebote Gottes eine Gesellschaft kalt und lieblos wird. Feindschaft gegen die biblischen Gebote ist zugleich auch Feindschaft gegen die Liebe, denn Jesus sagt: «Wenn die Gesetzlosigkeit überhand nimmt, wird die Liebe in vielen erkalten» (Mt 24,12). Es gibt kaum einen anderen Bibeltext, der das Kernproblem unserer heutigen Zeit kürzer und präziser einfängt als dieses Jesuswort. ***Wer die Gebote Gottes verwirft, verwirft und verliert auch die Liebe.*** Nur eine Rückkehr zu den Ordnungen Gottes kann die Liebe in unsere Familien, unsere Kirchen,

38.

«Ist eine *Politik der Nächstenliebe* überhaupt möglich?»

unsere Arbeitsbeziehungen, unsere Gesellschaft, unsere Politik und unseren Staat zurückbringen. Wer den Nächsten liebt, tut ihm nichts, was den Geboten Gottes widerspricht. Gesetzlosigkeit aber führt zu einem Verlust an Liebe.

Obwohl seit den 1960er Jahren mehr über Liebe gesprochen wird als je zuvor, sind Verbrechen, Hass und Lieblosigkeit im Kleinen wie im Grossen seitdem ungeheuer angewachsen. Die Gesellschaft weiss nicht mehr, was wahre Liebe ist. Aber wie soll sie es wieder lernen, wenn es ihr die Christen nicht mit Wort und Tat in allen Lebensbereichen vorleben, auch in der Politik? Wenn Christen die biblischen Prinzipien in die Politik einbringen, bringen sie Liebe.

Liebe ohne Gebote führt zu Manipulation und Machtmissbrauch. Liebe mit Geboten führt zu Freiheit und Menschlichkeit.

39.

«Die Bibel ist doch kein Handbuch für Politiker.»

Die Bibel ist ein vorzügliches Handbuch für Politiker: «Mit den Heiligen Schriften in der Hand ist der Mensch, der sich Gott zur Verfügung gestellt hat, ausgerüstet für alle Aufgaben seines Dienstes» (2Tim 3,17). Durch die Lektüre der Bibel würden die Politiker daran erinnert, in Verantwortung vor Gott zu politisieren. Ein grosser Teil der Bibel richtet sich ganz direkt an Politiker. So sagte König Joschafat bei der Einsetzung der Richter: «Achtet auf das, was ihr tut! Denn ihr haltet nicht im Namen von Menschen Gericht, sondern im Namen des Herrn, und er ist bei euch, wenn ihr Recht sprecht. Darum lasst die Furcht des Herrn bei euch sein, haltet und tut das Recht, denn bei dem Herrn, unserm Gott, ist kein Unrecht, weder Ansehen der Person noch Annehmen von Geschenken» (2Chr 19,6–7).

Gesetzgeber, Regierung und Richter sollten sich im Klaren darüber sein, dass sie in Gottes Gegenwart ar-

beiten. Das ist zugleich Zusage und Verantwortung. Zusage, weil Gott all diesen Personen besonders nahe ist und bereit ist, ihnen mit Weisheit und Verstand beizustehen, wie er einst König Salomo beistand. Verantwortung, weil gottlose Staatstätigkeit vielen Menschen schadet. Gott wird dafür Rechenschaft fordern: «Wenn man das Recht eines Mannes vor dem Angesicht des Höchsten beugt, wenn man einen Menschen in seinem Rechtsstreit irreführt, sollte der Herr das nicht sehen?» (Klgl 3,35–36).

Dementsprechend kennt die Bibel viele Anweisungen für ein menschenwürdiges und gerechtes Gerichtsverfahren. Damit auf eine Anklage eingetreten wurde, waren zum Beispiel «zwei oder drei Zeugen» nötig (z. B. 5Mose 17,6; 19,15; Mt 18,16; Hebr 10,28; 1Tim 5,19; ähnlich 4Mose 35,30; Joh 8,17).

Die Bibel ist ein vorzügliches und sehr praktisches Handbuch für Politiker.

Faire Prozesse

Im Prozess soll es «kein Ansehen der Person» geben (5Mose 1,17; 2Chr 19,7; Spr 18,5; 24,23; Hiob 13,10; Kol 3,25; Eph 6,9). Denn auch Gott selbst kennt kein Ansehen der Person (z. B. 5Mose 10,17–18). Nur böse Richter «sehen die Person an» (Jes 3,9). Das Urteil soll auch «ohne Vorurteil» oder «vorurteilsfrei» (1Tim 5,21) gefällt werden und alles muss man «genau untersuchen» (5Mose 17,4). Es heisst nämlich: «Fällt einen zuverlässigen [oder: vertrauenswürdigen] Rechtspruch» (Sach 7,9). Das Urteil sollte für andere aufgrund des biblischen Rechts nachvollziehbar sein. Es sollte nicht bei nächster Gelegenheit widerrufen werden müssen.

Rechtsgleichheit

Deswegen darf es keinen doppelten Rechtsstandard geben, etwa ein Recht für den Adel, eines für die Kleri-

ker und eines für die Bauern. Schon im Alten Testament galt für Einheimische und Ausländer dasselbe Strafrecht (z. B. 2Mose 12,49). «Ihr sollt im Gericht nicht Unrecht tun. Du sollst die Person des Geringen nicht bevorzugen und die Person des Grossen nicht ehren. Du sollst deinen Nächsten in Gerechtigkeit richten» (3Mose 19,15). Gott verteidigt «den Rechtsanspruch des Geringen» (Spr 29,7), «den Rechtsanspruch aller Schwachen» (Spr 31,8). Deswegen heisst es: «Öffne deinen Mund für den Stummen, für den Rechtsanspruch aller Schwachen! Öffne deinen Mund, richte gerecht und verhilf dem Elenden und Armen zu seinem Recht!» (Spr 31,8–9).

Darum ist von der Bibel her die Gerechtigkeit eines Landes am Schutz der Schwachen zu messen. Nicht wie es dem herrschenden Volk geht, zählt alleine. Gerade wie es den kleinen Völkern in seiner Mitte geht, ist aufschlussreich. Nicht wie es der herrschenden Kirche geht, zählt alleine. Auch wie es kleineren christlichen Religionsgemeinschaften ergeht, ist ein wichtiger Indikator für die Freiheit. Nicht wie es den Reichen geht, die das Geld und die Macht haben, ihr Recht zu verteidigen, zählt allein, sondern auch, wie es den Armen, Witwen und Waisen vor Gericht ergeht.

Soziale Gerechtigkeit misst sich daran, wie es den Schwachen im Land geht.

Gebote für eine gerechte Gesellschaftsordnung

Die Zehn Gebote galten nie nur als Programm der privaten Lebensgestaltung. Sie sind die Kurzfassung von Gottes Schöpfungs- und Grundordnung für alle Bereiche des Lebens, privat und öffentlich. Die Warnung der Zehn Gebote vor Mord, übler Nachrede, Neid und Lüge sind sowohl für die persönliche Ethik des Zusammenlebens grundlegend wie auch für die politische Ethik der ganzen Gesellschaft.

Die Zehn Gebote sind die rechtliche Grundlage für die Bestrafung von Mord. Das Verbot der Verleumdung

im 9. Gebot bezieht sich zuallererst einmal auf Gerichtsverhandlungen. Die Pflicht, den Angestellten am Sabbat einen Ruhetag zu gönnen, zeigt Gottes Interesse für das Wohl der «kleinen Leute». Auch die Aufforderung im 5. Gebot, die Eltern zu ehren, damit die Generation lange und gut im Land lebt, macht deutlich: Gott will eine gerechte und gesunde Gesellschaft, der es gut geht. Das beginnt für Gott in der Familie.

Die Bibel ist durchdrungen von Schöpfungsordnungen für ein gemeinsames, gutes Leben.

«Wie lange wollt ihr noch das Recht verdrehen und für die Schuldigen Partei ergreifen? Verteidigt die Armen und die Waisenkinder, verschafft Wehrlosen und Unterdrückten ihr Recht! Befreit die Entrechteten und Schwachen, reisst sie aus den Klauen ihrer Unterdrücker! Aber ihr seht nichts und ihr versteht nichts! Hilflos tappt ihr in der Dunkelheit umher und die Fundamente der Erde geraten ins Wanken» (Ps 82,2–5).

40.

«Politik ist sehr anspruchsvoll und komplex. Sind christliche Politiker überhaupt kompetent genug?»

Es kommt vor, dass Politiker reden, bevor sie genug gedacht haben, auch christliche. Das lässt sich leicht ändern, wenn wir einander unterstützen. Wenn die vielen Fachleute aller Richtungen, die überzeugte Christen sind, ihren Sachverstand auch für die Politik zur Verfügung stellen, wird es sicher nicht mehr lange so bleiben, dass sich die einzelnen christlichen Politiker mit fast allen Politikbereichen beschäftigen müssen.

Gott gibt Weisheit

Ausserdem haben Politiker, die in Verantwortung vor Gott politisieren, Vorteile, die es zu nutzen gilt: «Gott gab Daniel und seinen Freunden Klugheit und Verstand, so dass sie alles begriffen und sich bald in jedem Wissensgebiet auskannten [...] und sooft der König in schwierigen Fragen ihren Rat suchte, merkte er, dass sie zehnmal so viel wussten wie alle Gelehrten und Magier in seinem ganzen Königreich» (Dan 1,17+20).

Die Geschichte des Königs Salomo zeigt, dass Politiker alles Nötige für ihr Amt von Gott erwarten dürfen.

Er gibt ihnen gerne ein Herz, das auf ihn hört. Er gibt ihnen Weisheit und Verstand, so dass sie gerechte Entscheide fällen. Weiter gibt er ihnen beim Volk Ansehen und Rückhalt. Auch Ausdauer und ein langes Leben gehören dazu (1Kön 3,9+11-14). So kann man eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Politik umzusetzen. «Durch die Rechtschaffenen kommt Segen über die Stadt und baut sie auf» (Spr 11,11).

Gottes Offenbarung will der Ausgangspunkt unseres Denkens sein, aber nicht das Denken und Planen ersetzen. «Die Furcht des Herrn ist der *Anfang* aller Weisheit», nicht das Ende (Spr 9,10; ähnlich Spr 1,7). In der Bibel finden wir deswegen viele Beispiele, wie ethische Entschei-

Wenn die vielen Fachleute aller Richtungen, die überzeugte Christen sind, ihren Sachverstand auch für die Politik zur Verfügung stellen, müssen sich die einzelnen christlichen Politiker nicht mehr mit fast jedem Politikbereich beschäftigen.

dungen aufgrund eines Zusammenspiels verschiedener Quellen der Ethik gefällt wurden: «Pläne ohne Beratung schlagen fehl; durch gute Ratgeber führen sie zum Ziel» (Spr 15,22). Besonders für die Politik legt die Bibel grossen Wert auf breit abgestützte Entscheide, denn das ermöglicht stabile Verhältnisse: «Wo viele Ratgeber sich einig werden, da ist Sicherheit» (Spr 11,14).

Selbstverständlich sind Staat und Kirche zwei ganz verschiedene Institutionen, mit jeweils eigenen Verantwortungen und Kompetenzen. Man muss deutlich zwischen einer biblisch begründeten Trennung der beiden gesellschaftlichen Institutionen Kirche und Staat und einer Trennung von Religion und Politik unterscheiden.

Kirche und Staat haben von Gott unterschiedliche Aufgaben erhalten. Wenn aber die Politik und das Handeln des Staates grundsätzlich nicht mehr von religiösen Grundwerten bestimmt werden dürfte, könnten ja nur überzeugte Atheisten Politiker werden. Dass dies nicht im Sinn Gottes ist, macht die ganze Bibel deutlich.

Die meisten atheistischen Politiker verstecken hinter ihrem Atheismus aber nur ihre wahre Religion wie New Age. Im Übrigen ist der Atheismus selbst eine fundamentalistische Weltanschauung.

Religion und Gesellschaft

Die Religion hat sehr wohl einen direkten Zusammenhang mit der Gesellschaft: Die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen, politischen, militärischen Verhältnisse einer Nation stehen – mit etwas zeitlicher Verzögerung – immer in einem

41.

«Staat und Kirche gehören getrennt. Religion hat in der Politik nichts zu suchen.»

Die politischen Verhältnisse einer Nation stehen im direkten Zusammenhang mit der gelebten Weltanschauung von Volk und Politikern.

direkten Zusammenhang mit der vorherrschend gelebten Lebensphilosophie oder Weltanschauung. Dies ist insbesondere in einer direkten Demokratie wie der Schweiz der Fall.

Gewaltenteilung

Die Trennung von Kirche und Staat ist nicht anti-christlich, sondern von Christen erfunden und umgesetzt worden. Klassisch wird das von Jesus formuliert: «Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört und Gott, was Gott gehört» (Mt 22,21). Trotz aller Verirrungen in früheren Jahrhunderten gab es keine andere Religion, in der die Trennung von Kirche und Staat von Anfang an so angelegt war wie im Christentum. Während in anderen Völkern selbstverständlich der Herrscher auch die Funktion des obersten Priesters oder Gottes innehatte, kennen Altes wie Neues Testament weder einen König, der zugleich oberster Priester ist, noch einen obersten Priester, der zugleich die Politik bestimmt. Diese Ämter werden von verschiedenen Personen besetzt. Darin liegt bereits das Prinzip der Gewaltenteilung begründet.

Der bedeutende Historiker Eugen Ewig spricht deswegen sogar von der schon alttestamentlich begründeten «Zweigewaltenlehre des lateinischen Abendlandes» und ein anderer Historiker, Eduard Eichmann, schreibt über die alttestamentliche Gewaltenteilung in Hohepriester und König: «Mit den heiligen Schriften sind diese alttestamentlichen Vorstellungen Gemeingut des christlichen Abendlandes geworden.» Wenn der Staat sich gegen die Gebote Gottes wendet, wird aus der Trennung von Kirche und Staat ein Kampf des Staates gegen das Christentum.

Dass Religion in der Politik stets zu Fundamentalismus und Krieg führt, ist historisch nicht haltbar. Zum einen haben atheistische Staaten seit der französischen Revolution unsägliches Leid über die Menschen gebracht. Man denke nur an Nationalsozialismus und Kommunismus. Zum anderen hat es immer religiös bestimmte Staaten gegeben, die Frieden gehalten haben. Zum andern darf nicht vorschnell vom Islam auf andere Religionen geschlossen werden.

Alle Kriege sind grundsätzlich durch irgendwelche Ideologien oder Religionen verursacht. Vielleicht ein Grund mehr, sich persönlich auch als Christ für Friede und Gerechtigkeit einzusetzen, bevor es zu spät ist.

Fundamentalismus ist nicht automatisch negativ – es kommt auf das Fundament an, auf das er sich bezieht. Religion – auch die christliche – wurde im Laufe der Geschichte immer wieder als Mittel zur Bevormundung und Unterdrückung von Menschen missbraucht. Das ist aber nicht in erster Linie der Fehler des Christentums, sondern jener der Menschen.

Christliche Moralvorstellungen gehören sowohl in die Familie wie auch in die Politik. Gottes Schöpfungsordnungen gelten für die ganze Schöpfung, nicht für abgezielte Bereiche. Im Übrigen verbringen wir Christen den grössten Teil unseres Tages nicht in Familie oder Gemeinde, sondern in Beruf und Gesellschaft. Selbst wenn wir wie Daniel unsere religiösen Tätigkeiten nur in unserem Kämmerlein pflegen, zeigt gerade dieses Beispiel, wie der Glaube grosse ethische und politische Auswirkungen hat!

Das Schicksal der Gesellschaft ist auch das Schicksal der Christen. So fordert Gott die Israeliten im heidnischen Babylon auf, Babylon Gutes zu tun. Gott ist wichtig, dass es den Juden gut geht. Es ist ihm aber

42.

«Wo immer Religion und Politik vermischt werden, entsteht Fundamentalismus und Krieg.»

43.

«Christliche Moralvorstellungen gehören nicht in die Politik, sondern in die christliche Gemeinde und Familie.»

auch wichtig, dass es den Babyloniern durch die Anwesenheit der Juden gut geht: «Suchet der Stadt Bestes, in die ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn. Denn wenn es ihr wohl geht, wird es auch euch wohl gehen» (Jer 29,7). Das ist eine Anwendung des Grundsatzes «Ihr seid das Salz für die Welt» (Mt 5,13). Christen beten zu Gott und dann stehen sie auf und tun etwas dafür.

Im Neuen Testament fordert Paulus die Gemeinde zum Gebet für die Regierung auf, «damit wir ein ruhiges und friedliches Leben führen können in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit» (1Tim 2,1–3). Denn die Politik des Staates und die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmten auch das Leben der Gemeinde.

44.

«Mit christlichen Moralvorstellungen kann man die komplexen Sachfragen der heutigen Politik nicht lösen.»

Mit einer Politik aufgrund des biblisch-christlichen Welt- und Menschenbildes liessen sich zahlreiche grundlegende Probleme der Menschheit lösen. Denn sie sind die logische Konsequenz unserer Missachtung der Gebote Gottes. Solange wir Gott aus der Politik verdrängen, müssen wir uns nicht wundern, wenn Gottlose «Lösungen» bloss zu neuen Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten führen. Hätten nicht gerade Christen die Aufgabe, Gottes Ordnungen in der Politik bekannt zu machen, statt in politischer Abstinenz und Inkompetenz zu verharren?

Christliche Wertegrundlage

Jeder Staat braucht eine ganz grundsätzliche ethische Fundierung. Aus biblischer Sicht gehört dazu zum Beispiel, dass es seine Hauptaufgabe ist, menschliches Leben zu schützen und Gerechtigkeit wieder herzustellen. Ist diese Wertegrundlage des Staates klar, kann der Staat die Strassenverkehrsordnung und andere Gesetze

weitgehend aus der Natur der Dinge ableiten. Aus einem biblischorientierten Menschenbild stellen sich Fragen wie: Welche Geschwindigkeitslimiten oder Promillgrenzen machen den Verkehr sicherer, schützen das Leben und ermöglichen die Mobilität? Die Antwort darauf geben statistische Untersuchungen und nicht die Bibel oder christliche Lehrbücher. Daraus wird deutlich, dass es auch in der Politik darum geht, die richtigen Fragen zu stellen. Die Strassenverkehrsordnung ist einerseits in den grundsätzlichen Werten der Menschen verankert. Zugleich ist sie in ihrer konkreten Ausführung mit zahllosen technischen und sich ständig ändernden Details verbunden. Die Strassenverkehrsordnung ist untauglich, wenn sie nicht in der grundsätzlichen Werteordnung verankert ist. Sie ist aber ebenso untauglich, wenn sie nicht aus einer ständig andauernden Beratung hervorgeht, wie diese Werte hier und jetzt konkret am besten zu schützen sind.

Die konkrete Gesetzgebung ergibt sich aus der Wertegrundlage des Staates und unter Berücksichtigung der Natur der Dinge.

Die Bibel kann einen Sachverhalt oft in knappen Worten oder mit einer kurzen Geschichte auf den Punkt bringen. Wie wäre es mit folgendem Beispiel? «Wenn ein König das Recht beachtet, lebt sein Volk in Glück und Sicherheit; aber einer, der immer neue Steuern erfindet, richtet es zugrunde» (Spr 29,4). Andererseits ist eine hochkomplexe Antwort noch keine Gewähr für deren Richtigkeit.

Ausgehend von einer biblisch-christlichen Weltanschauung können Lösungen erarbeitet werden, die dem Wohl unserer Mitmenschen dienen, falls sie angewendet werden.

45.

«Steht christliche Politik nicht in der Gefahr, hochkomplexe politische Sachthemen auf ein paar Bibelverse zu reduzieren?»

Ausserdem gilt Gottes Zusage: «Wenn aber einer von euch nicht weiss, was er in einem bestimmten Fall tun muss, soll er Gott um Weisheit bitten. Gott wird sie ihm geben, denn er gibt gern und teilt allen grosszügig aus» (Jak 1,5).

46.

«Ist christliche Politik nicht ein aussichtsloser Kampf gegen Windmühlen?»

Dass christliche Politik manchmal unterliegt, war noch nie ein Grund, mit dem aufzuhören, was man als richtig erkannt hat. Christen sind keine Deserteure, welche die Flinte ins Korn werfen, wenn der Kampf heiss wird oder wenn eine Schlacht verloren wurde.

Gerade die jenseitige Dimension des christlichen Glaubens entwickelt eine starke Dynamik für die christliche Politik. Das christlich-politische Engagement ist vergleichbar mit der Pioniermission. Es braucht zähe, ausdauernde und visionäre Arbeit, bevor die Saat Früchte trägt.

Widerstände sind normal

Es gehört zum Wesen des christlichen Glaubens, mit Ausdauer gegen den Strom zu schwimmen. Widerstände, Rückschläge oder Verfolgung waren für Apostel oder Propheten kein Grund, das Wort Gottes zu verschweigen. «Verkünde den Menschen die Botschaft Gottes, gleichgültig, ob es ihnen passt oder nicht! Rede ihnen ins Gewissen, weise sie zurecht und ermutige sie! Werde nicht müde, ihnen den rechten Weg zu zeigen!» (2Tim 4,2) Zur

Christen sind keine Deserteure, welche die Flinte ins Korn werfen, wenn der Kampf heiss wird oder wenn eine Schlacht verloren wurde.

Botschaft Gottes an die Menschen gehört auch die christliche Lehre über die Aufgaben der Politiker und des Staates.

Arbeit bringt Ertrag

Christliche Politik ist kein Sonntagsspaziergang, sondern Arbeit mit dem göttlichen Versprechen auf Erfolg: «Wer arbeitet, hat ein Anrecht auf seinen Lohn.» ... «Was ein Mensch sät, das wird er auch ernten ... Wir wollen nicht müde werden, zu tun, was gut und recht ist. Wenn die Zeit da ist, werden wir auch die Ernte einbringen; wir dürfen nur jetzt nicht aufgeben.» «Setzt euch für den Herrn ganz ein; denn ihr wisst, nichts ist vergeblich, was ihr für ihn tut.» (1Tim 5,18; Gal 5, 7+9; 1Kor 15,58)

Wir gehen davon aus, dass die biblischen Schöpfungsordnungen durchaus mehrheitsfähig sind. Denn sie sind die Ordnungen eines liebenden Schöpfers für seine Schöpfung und als solche in der Erfahrung dieser Welt verankert. Darum kommen auch nicht-christliche Soziologen, Philosophen, Politiker, Juristen, Ökonomen oder Historiker aufgrund ihrer Forschungen immer wieder zu Ergebnissen, die sich mit den biblischen Aussagen und Normen decken.

Die Menschenrechte sind ein gutes Beispiel dafür, wie biblische Werte mehrheitsfähig werden. Heute bestimmt die christliche Sicht, dass alle Menschen gleich geschaffen sind und über gleiche Menschenrechte verfügen, die Politik weltweit, obwohl weder Islam und Hinduismus, noch Sozialismus und Atheismus eine Begründung dafür haben.

Für biblische Werte gekämpft

Es gab Zeiten, in denen bestimmte christliche Werte über grössere Mehrheiten verfügten als gerade heute. Das liegt daran, dass sich frühere Generationen von Christen mehr in der Gesellschaft engagiert haben und mehr Menschen von der Wahrheit christlicher Ordnun-

47.

«Wie soll man damit umgehen, dass die Moralvorstellungen christlicher Politik heute nicht mehr mehrheitsfähig sind?»

gen überzeugen konnten. Frühere Generationen waren den christlichen Werten nicht darum geneigter, weil man früher grundsätzlich frömmere war. Die Christen früherer Generationen haben politisch, wissenschaftlich oder kulturell für biblische Werte gekämpft.

Frühere Generationen waren den christlichen Werten nicht darum geneigter, weil man früher einfach frömmere war. Die Christen früherer Generationen haben in der Politik für biblische Werte gekämpft.

Auch haben geistliche Erweckungen immer wieder dazu beigetragen, die allgemeine Gottesfurcht im Volk zu erhöhen. Ein geistlicher Aufbruch trägt viel dazu bei, die Grundlagen für eine breitere Akzeptanz christlicher Werte zu legen. Es ist allerdings bemerkenswert, dass das freikirchliche Wachstum der letzten Jahrzehnte in der schweizerischen Gesellschaft kaum positive Spuren hinterliess. Die Licht- und Salz-

funktion der christlichen Gemeinde ist bisher kaum nennenswert zu Tage getreten.

Nicht nur die Mehrheit zählt

Wenn Konsens allein zählen würde, hätte man den Nationalsozialismus zumindest solange akzeptieren müssen, als er sich auf die begeisterte Zustimmung grosser Teile der Bevölkerung stützen konnte. Gerade aus der Geschichte von Nazi-Deutschland wurde die Lehre gezogen, dass es über dem Staat unantastbare Werte geben muss. Deswegen schuf die Uno 1948 die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte». Und darum verankerte man im deutschen Grundgesetz von 1949 Grundrechte, die sich auf die Würde des Menschen berufen.

Biblich gesehen ist es korrekt, wenn die Menschenwürde und die sich daraus ergebenden Menschenrechte als nicht vom Staat geschaffen oder verliehen, sondern als dem Staat vorgegeben angesehen werden. Denn der Mensch war ein Geschöpf Gottes und besass damit die Menschenwürde, bevor es den Staat gab.

Schliesslich sei noch hinzugefügt: Die Weltgeschichte ist noch nie von der Mehrheit gemacht worden, sondern immer von überzeugten Minderheiten! Es gibt keine Mehrheit für die «Ehe» von Homosexuellen, aber eine kleine, zu allem entschlossene Minderheit. Sie wird nicht eher ruhen, bis die Mehrheit zur schweigenden Mehrheit geworden ist. Die Menschenrechte wurden weltweit nie von der Mehrheit gefordert, sondern anfänglich von einsamen Rufnern in der Wüste.

Der Staat hat gemäss der Bibel (Röm 13,1–7) und allen bedeutenden Rechtsgelehrten das Gewaltmonopol. Er ist die einzige Institution in einer Gesellschaft, die legitimiert ist, Gesetze zu erlassen und diese auch mit Gewalt durchzusetzen. Deswegen wird der Staat seinem Wesen nach den Bürgern immer seine Vorstellung von Gerechtigkeit «aufzwingen». Es geht hier nicht darum, ob Christen das tun wollen oder nicht. Dazu müssten sie das gottgewollte Wesen des Staates ändern. Es ist die Pflicht des Staates, das Recht zu erzwingen.

Wichtig ist hier die Frage, was wirklich Gerechtigkeit ist. Wenn Christen in dieser Frage etwas zum Guten beizutragen haben, sind sie in der Politik an der richtigen Stelle. Wenn sie sich verweigern, dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Nichtchristen ihnen – via Staat – *ihre Moralvorstellungen aufzwingen*. Beispiele gäbe es genug.

Christlicher Wertekonsens

Die grundlegenden Werte einer Gesellschaft müssen einerseits unantastbar ausser- und oberhalb ihrer selbst stehen. Gleichzeitig sollten sie aber auf den Konsens eines Grossteils der Bevölkerung treffen. Zu einem christlich geprägten Wertekonsens sollten primär die

48.

«Christen sollten nicht versuchen, den anderen ihre Moralvorstellungen aufzuzwingen.»

Kirchen beitragen. Auch jeder einzelne Christ hat hier eine ganz wichtige Aufgabe. Wenn wir Zeugen von Jesus Christus sind, sollten wir zu unseren Mitmenschen auch über seine Ethik reden.

Keine Gesellschaft kann auf Dauer völlig andere Werte und Rechte in ihrer Verfassung und ihrem Recht festschreiben, als sie praktiziert. Zu mindest braucht es einen wesentlichen Teil der Bevölkerung, der diese zumindest theoretisch akzeptiert. In Indien wurde das Kastenwesen nach dem Zweiten Weltkrieg laut Verfassung abgeschafft, aber bis heute bestimmt es trotz aller Fortschritte das indische Leben, weil noch zu viele Indier dank ihrer Religion an die Kasten glauben.

Das alt- und neutestamentliche Moralgesetz gilt selbstverständlich für Christen und Nichtchristen. Es widerspiegelt die unveränderliche Heiligkeit und Gerechtigkeit Gottes und gilt für alle Menschen aller Zeiten. Gott kennt keine Doppelmoral: Vor seinem Gesetz sind alle Menschen gleich. Im Jüngsten Gericht werden seine Gebote der Masstab für die Beurteilung für alle Menschen und Völker sein. «Nimm Gott ernst und befolge seine Gebote! Das gilt für jeden Menschen. Denn Gott wird Gericht halten über alles, was wir tun – sei es gut oder böse –, auch wenn es jetzt noch verborgen ist» (Pred 12,13+14). In der Kirchengeschichte war der politische Gebrauch des biblischen Moralgesetzes nie umstritten.

«Was anders sind Staaten, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als grosse Räuberbanden?»

Vor dem Gesetz sind alle gleich

Es ist eine Errungenschaft der Moderne, die zugleich zutiefst christlich und biblisch ist, dass auch die mächtigsten Menschen der Gerechtigkeit und dem Gesetz unterstehen. Die Zeiten, wo ein König sagte: «Das Gesetz bin ich!», sind zum Glück vorbei. Auch die höchsten Amtsträger des Staates, ja der Staat selbst, haben sich an die für alle geltenden Gesetze zu halten.

Sie können deswegen be- und verurteilt werden (Stichworte: Verwaltungsgericht, Staatshaftung, Art. 146 BV).

Gerade Christen haben in dieser Frage einen wichtigen Beitrag zu leisten. Ohne Gerechtigkeit wird Macht zur Willkür. «Gerechtigkeit erhöht eine Nation, aber das Unrecht ist das Verderben der Völker» (Spr 14,34). Der Kirchenvater Aurelius Augustinus hat das treffend so formuliert: «Was anders sind also Reiche, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als grosse Räuberbanden? Sind doch auch Räuberbanden nichts anders als kleine Reiche.»

Aus biblischer Sicht bedeutet Sünde: dem Nächsten Unrecht tun. Das Gefüge der gegenseitigen Rechte und Pflichten wird verletzt. Wenn dem Nächsten Unrecht geschieht, ist das keine reine Privatangelegenheit. Wenn sich das Unrecht nicht aussergerichtlich regeln lässt, hat es auch eine öffentliche Dimension und gehört darum in den Bereich der Politik bzw. des Staates.

Sünde ist: jemandem Unrecht tun

Sünde ist der biblische Begriff für Abweichung von der Gerechtigkeit, von dem Ziel einer guten, menschenwürdigen Gemeinschaft. Darum muss Sünde beim Namen genannt werden. Christliche Politiker sollten klar und deutlich gegen jedes Unrecht Stellung nehmen. Deswegen heisst es: «Öffne deinen Mund für die Leute, die sich selbst nicht verteidigen können! Schütze das Recht der Hilflosen! Sprich für die Armen und Schwachen, nimm sie in Schutz und verhilf ihnen zu ihrem Recht!» (Spr 31,8–9).

Die Frage nach dem Massstab für Recht und Unrecht ist die Frage nach der Glaubensüberzeugung. Jeder Politiker hat eine Glaubensüberzeugung. Er orientiert sich an einer Weltanschauung, einer Ideologie mit religiöser

49.

*«Christliche
Politiker
neigen dazu, mit
dem Sündenbegriff
zu moralisieren.
Die Frage nach
Sünde hat aber
doch mit der
persönlichen
Glaubensüber-
zeugung zu tun.
Sollte man darum
in politischen
Debatten nicht
darauf verzichten,
von Sünde zu
sprechen?»*

Aus biblischer Sicht bedeutet Sünde: dem Nächsten Unrecht tun. Christliche Politiker nennen Sünde beim Namen. Sie nehmen klar Stellung gegen jedes Unrecht.

Funktion. Sie ist sein Werte-Koordinaten-System, mit dem er andere Wertvorstellungen beurteilt. Der christliche Politiker orientiert sich an der biblisch-christlichen Weltanschauung.

Sünde ist: in eine verkehrte Richtung gehen

Weiter wird mit dem Begriff Sünde ausgedrückt, dass der Mensch in eine verkehrte Richtung geht, nämlich von Gott weg – in die Gottlosigkeit. Diese verkehrte Richtung ist die Ursache für alles Verkehrte in seinem Leben und für alles Unrecht in der Welt. Darum ruft die Kirche den Menschen zurück in die Gemeinschaft mit Gott. Und darum setzen sich christliche Politiker für gerechte und menschenfreundliche Gesetze und Strukturen ein.

50.

«Muss ich – um politisch aktiv zu sein – einer Partei beitreten?»

Parteien sind geeignete Gefäße für politisches Engagement. Es gibt aber auch viele andere Möglichkeiten, sich für und in Gesellschaft, Politik und Staat zu engagieren. Christliche Wissenschaftler erstellen Gutachten für den Staat, christliche Banker beeinflussen die Wirtschaftspolitik, christliche Journalisten kommentieren das politische Geschehen und jeder, der für den Staat als Beamter, Lehrer usw. arbeitet, ist auch an Politik beteiligt.

In den westlichen Demokratien sind es – ob man das gut findet oder nicht – die Parteien, die die Richtlinien der Politik erarbeiten und die bei den Wahlen die Mitglieder der Parlamente stellen. Auch für den Gedankenaustausch und den Zugang zu Informationen ist Parteimitgliedschaft von Vorteil. Wer also die Richtung der Politik mitbestimmen will, engagiert sich mit Vorteil in einer Partei.

Die EDU ist eine Plattform für Christen, die sich politisch betätigen möchten. Sie nimmt mit geeigneten Personen an Wahlen in Behörden und Parlamente teil. Die EDU-Kandidaten werden nach geistlichen, fachlichen und moralischen Gesichtspunkten ausgewählt, so dass andere Christen sie mit Überzeugung wählen können. Wo die EDU nicht mit eigenen Kandidaten an Wahlen teilnimmt, gibt sie aus christlicher Sicht begründete Wahlempfehlungen ab.

Die EDU informiert ihre Mitglieder und Sympathisanten über die politischen Vorgänge aus christlicher Perspektive. Sie fördert das politische Bewusstsein und Urteilsvermögen.

Die EDU ist auch eine Dienstleistung für christliche Gemeinden: Fachlich kompetente Politiker beschäftigen sich intensiv mit den Vorlagen für Volksabstimmungen und nehmen aus christlicher Sicht begründet Stellung. Nicht jeder Christ kann sich so eingehend mit politischen Fragen beschäftigen. Er oder sie kann aber mit gutem Gewissen die Abstimmungsparolen der EDU übernehmen.

Das Thema «Christ und Politik» kann man in der Gemeinde gut diskutieren. Erstens sollte man es nicht meiden, wenn die Bibeltexte für Predigt oder Hauskreis auf die Thematik Bezug nehmen.

Zweitens kann man engagierte Christen aus dem politischen oder wirtschaftlichen Bereich in der Gemeinde aus ihrer Arbeit erzählen lassen oder auch sonst mal zu Wort bitten.

Drittens wird Politik automatisch zum Thema, wenn man sich an die biblische Anweisung hält. Es heisst nämlich, dass man in der Gemeinde zuallererst für die politisch Verantwortlichen beten soll (1Tim 2,1–4). Wenn man diesen simplen Auftrag befolgt, erhält man

51.

«Was leisten christliche Parteien wie die EDU?»

52.

«Wie kann man das Thema <Christ und Politik> in der Gemeinde diskutieren?»

als Christ und Gemeinde einen ganz neuen Zugang zur Politik. Gott öffnet einer Gemeinde auf diese Weise eine himmlische Perspektive für die Politik. Sie nimmt teil an seinen politischen Absichten. Er lässt sie lenkend in das politische Geschehen eingreifen.

Viertens sollte man zwischen dem Wort Gottes und den menschlichen Überlegungen über das Wort Gottes unterscheiden. Die biblischen Prinzipien sind für alle Zeiten, alle Kulturen und alle Staaten verbindlich. Wie wir diese Prinzipien hier und heute umsetzen, sind fehlbare menschliche Möglichkeiten. Im Ersteren sollten wir Einigkeit anstreben, im Letzteren werden wir nur durch Beratung vieler unterschiedlich denkender Menschen zum Ziel kommen: «Wo viele Rat wissen, da ist Erfolg» (Spr 15,22).

Wichtig und hilfreich sind auch übergemeindliche politische Plattformen. An Pro-und-Kontra-Gesprächen können aktuelle politische Fragen, Abstimmungsvorlagen oder Wahlen aus christlicher Sicht diskutiert werden. Solche Veranstaltungen fördern die politische Wahrnehmung und Reife der Gemeindeglieder.

53.
 «Haben christliche
 Gemeinden einen
 politischen
 Auftrag?»

Christliche Gemeinden haben explizit einen politischen Auftrag: Das Gebet für die politische Obrigkeit, den Staat (1Tim 2,1–4). Diese Aufforderung des Apostels Paulus ist eine neutestamentliche Anwendung dessen, was der Prophet Jeremia schrieb: «Seid um das Wohl der Städte besorgt, in die ich euch verbannt habe, und betet für sie! Denn wenn es ihnen gut geht, dann geht es auch euch gut» (Jer 29,7). Wohl geordnete politische Abläufe sind Gott wichtig.

Die erste Tätigkeit der Gemeinde ist politisch

Die erste Tätigkeit der Gemeinde ist das Gebet, sagte Paulus. Er will uns damit vor leerem Aktivismus in der Gemeindegemeinschaft bewahren. Das Gebet kommt also zuerst.

Und wofür sollen wir zuerst beten? Das prioritäre Gebetsanliegen der Gemeinde ist die Politik. Politik in der Gemeinde zu tabuisieren, widerspricht somit eindeutig dem Wort Gottes. Denn um wirksam beten zu können, sollten die Anliegen bekannt sein. Die Beteter sollten informiert werden, wie die Dinge in der Politik stehen und worum man Gott konkret bitten sollte. So, wie das in anderen Fürbittebereichen, wie beispielsweise der Mission selbstverständlich ist.

Die Begründung, warum die Gemeinde zuallererst für die Politik beten soll, hat der Apostel aus Jeremia 29,7. Es ist eine ganz logische Begründung. Wenn wir ein Leben in friedlichen Verhältnissen und in Ehrfurcht vor Gott und in Rechtschaffenheit führen wollen, brauchen wir eine gute Regierung. Damit ist auch gleich eine gute Regierung definiert. Eine gute Regierung ermöglicht den Bürgern Ruhe und Frieden, damit sie ein gottgefälliges Leben führen können. Dabei geht es nicht nur darum, dass sie ungestört Gottesdienst feiern können. Es geht vor allem darum, dass die Bürger in ihrem Alltag ein Leben führen können, das Gott gefällt. Eine gute Regierung sollte daran interessiert sein, dass sich die Bürger an die biblischen Maßstäbe halten.

Eine Regierung, die solches bewusst und gezielt ermöglicht, ist gut und gefällt Gott. Dafür zu beten, dass

«Das Erste und Wichtigste, wozu ich die Gemeinde aufrufe, ist das Gebet, und zwar für alle Menschen. Bringt Bitten und Fürbitten und Dank für sie alle vor Gott! Betet für die Regierenden und für alle, die Gewalt haben, damit wir in Ruhe und Frieden leben können, in Ehrfurcht vor Gott und in Rechtschaffenheit. So ist es gut und gefällt Gott, unserem Retter. Er will, dass alle Menschen zur Erkenntnis der Wahrheit kommen und gerettet werden» (1Tim 2,1–4).

wir eine solche Regierung erhalten, sollte das erste Gebetsanliegen der Gemeinde sein. Das ist kurz zusammengefasst, was die Bibel in 1Tim 2,1–4 lehrt.

Gebet bewegt

Wie in allen anderen Bereichen auch wächst aus dem Gebet Aktivität. Gott gibt Aufträge, Berufungen, konkrete Projekte. Was von der Gemeinde ausgesandte Missionare in anderen Ländern tun, nämlich sich für Gerechtigkeit und gegen Korruption und Unterdrückung einsetzen, sollten sich christliche Gemeinden auch für ihr eigenes Land vornehmen. Jede Gemeinde sollte ein oder zwei Personen in die Politik aussenden und für diese Leute regelmässig beten und sie berichten lassen.

Jede Gemeinde sollte ein oder zwei Personen in die Politik aussenden und für diese Leute regelmässig beten und sie berichten lassen.

Die kritisch-konstruktive politische Mitarbeit zum Wohl des Landes kommt den Gemeinden selbst zugut. «Bemüht euch um das Wohl der Stadt ... und betet für sie. Wenn es ihr gut geht, wird es auch euch gut gehen» (Jer 29,7). Als christliche Gemeinschaft sind wir nicht egoistische Trittbrettfahrer, sondern helfen engagiert mit. «Erinnere alle in der Gemeinde daran, sich der Regierung und den staatlichen Behörden unterzuordnen. **Sie sollen [...] bereit sein, bei allem Guten mitzuwirken**» (Tit 3,1).

54.

«Kann Fürbitte politische Entwicklungen konkret beeinflussen bzw. ändern?»

Ganz gewiss bewirkt die gläubige und anhaltende Fürbitte politische Veränderungen. Das Gebet für die Mächtigen und den Staat ist ein Gebot. Es wird im Alten und im Neuen Testament gelehrt. Neben den bereits erwähnten Stellen in Jer 29,5–7 und 1Tim 2,1–4 kommt noch der ganze Ps 72. Natürlich lässt Gott uns nicht nutzlos für die Regierenden beten. Er will unsere Gebete um gottesfürchtige Politiker und Beamte erhören. Er

will die Gebete um sichere und gerechte Lebensbedingungen beantworten und Veränderungen bewirken!

Ein geheiltes Land

Gott will also ausdrücklich, dass wir für die Politik beten. Er gibt uns eine explizite politische Verheissung. Er will unser Land heilen: «Wenn mein Volk, über das mein Name ausgerufen ist, sich demütigt und betet und mein Angesicht sucht und von seinen bösen Wegen umkehrt, dann werde ich vom Himmel her hören und ihre Sünden vergeben und ihr Land heilen» (2Chr 7,14).

Was meint Gott mit einem geheilten Land? Dazu gehört, dass Gott alle Schäden wieder zum Guten wendet, dauerhaften Frieden schenkt und uns Glück und Wohlstand beschert, was zu internationalem Ansehen führt (Jer 33,6–9). Kurzum: Der Fluch des falschen Wegs wird in Segen verwandelt.

Wie kommt diese Heilung in Gang? Durch das Gebet «meines Volkes». «Ihr aber seid das erwählte Volk, das Haus des Königs, die Priesterschaft, das heilige Volk, das Gott selber gehört» (1Petr 2,9). Wir sollen uns demütigen, unsere Sünden bekennen. Damit sind zuerst die Sünden von uns Christen gemeint. Gott will uns von all dem befreien, was seine heilende Kraft aufhält. Um zu erfahren, welche Sünden die Heilung aufhalten, müssen wir uns vor Gott demütigen und sein Angesicht suchen. Wir müssen Gott persönlich begegnen. Das ist mehr, als an einem Gebetsanlass teilzunehmen. Gott suchen heisst, ihn treffen. Seine Anliegen spüren, seine Sicht der Dinge sehen, seine Last auferlegt bekommen. Damit wir Gott begegnen, müssen wir uns selbst loslassen, uns demütigen. Wir müssen sein Wort, die Bibel, ohne Wenn und Aber gelten lassen. Ich muss wollen, dass Gott mir sagt, wie ich wirklich bin. Damit beginnt meine Heilung. Mit einem geheilten Volk heilt Gott unser Land. Sind Sie zu diesem Prozess bereit? Derek

Ich muss wollen, dass Gott mir sagt, wie ich wirklich bin. Damit beginnt meine Heilung. Mit einem geheilten Volk heilt Gott unser Land.

Prince schreibt zu Recht: «Wenn unser Land nicht geheilt wird, gibt es nur einen Grund dafür: Wir haben nicht getan, was Gott von uns will.»

Ein Schutzwall für unser Land

Wir Christen sind wie ein Schutzwall für unser Land. Das wird aus der Geschichte von Abraham, der für Sodom betete, deutlich. Zehn Gerechte hätten den Untergang der gottlosen Stadt Sodom aufgehalten. Wie hätten die Gerechten das getan? Sie hätten Gott um Schonung gebeten, hätten ihre Sünden bekannt und wären von ihren bösen Wegen umgekehrt.

Ein Mann im Riss

Wo sind die Gläubigen, denen Gott die Last für ihr Land auflegen kann? Wo sind die *Männer*, die über die Gottlosigkeit der Menschen nicht nur klagen, sondern die in ihrem Innersten darunter leiden? Wo sind die *Männer*, die im Gebet um ihr Land kämpfen? «Und ich suchte unter ihnen einen *Mann*, der die Mauer zumauern und vor mir in den Riss treten könnte für das Land, damit es nicht zugrunde gehe; aber ich fand keinen» (Hes 22,30).

Ein Herrscher kehrt um zu Gott

Die Geschichte von Ninive zeigt, wie die Umkehr zu Gott den Untergang des assyrischen Weltreiches verhindern konnte (Jona 3). Schlüsselperson dieser Umkehr war der König. Er selbst demütigte sich vor dem Allmächtigen und forderte von seinen Untertanen Umkehr zu Gott und die Abkehr von Ungerechtigkeit. Das ist ein eindruckliches Beispiel für die zentrale Rolle von Politikern bei religiösen und moralischen Erneuerungen. Das gleiche Prinzip liesse sich an vielen weiteren biblischen Begebenheiten zeigen – im Guten wie im Schlechten.

Gott offenbart dem König seine Pläne

Daniel war königlicher Berater in Babylonien. Der König beabsichtigte, unter seinen Beratern die Spreu vom Weizen zu trennen. Dazu stellte er ihnen eine knifflige Aufgabe, die sie nicht mit Orakeln oder selbstgemachtem Zauber lösen konnten. Daniel und seine drei Freunde beteten zu Gott. Er offenbarte Daniel das Geheimnis: den Traum des Königs und die Deutung (Dan 2). Diese Geschichte zeigt erstens, dass Gott die Weltgeschichte bestimmt. Er dominiert die Politik wie kein anderer. Zweitens offenbart er seine politischen Pläne denen, die ihn darum bitten. Aus der ganzen Daniels-Geschichte dürfen wir schliessen, dass sein segensvolles Wirken in Babylonien sehr viel mit Daniels Gebet und dem Gebet vieler Juden zu tun hatte.

Ein Angriff wird abgewehrt

Eine andere Geschichte lehrt uns, dass militärische Siege im Gebet errungen werden. Solange Mose, Aaron und Hur die israelische Armee im Gebet unterstützten, konnten sie die Angreifer siegreich abwehren. Sobald die Beter nachliessen, musste sich Israel zurückziehen (2Mo 17,8–13). Das Gebet entscheidet über Sieg und Niederlage.

Dein Reich komme!

Jesus lehrt uns zu beten: «Unser Vater im Himmel! Mach deinen Namen gross in der Welt. Komm und richte deine Herrschaft auf. Verschaffe deinem Willen Geltung, auf der Erde genauso wie im Himmel» (Mt 6,9+10). Dieses Gebet ruft Gott auf den Plan. Er soll hier bei uns seinem Willen Geltung verschaffen. Wie erhört er dieses Gebet? Zum Beispiel indem er seine Jünger bevollmächtigt und sie schickt, seinem Willen in den politischen Verhältnissen Nachachtung zu verschaffen.

Das Gebet für die Politik darf in keiner Gemeinde fehlen.

Autoren



Stéphane Derron, lic. rel. int., ist verheiratet und hat eine Tochter und einen Sohn. Seit 2004 arbeitet er zu 50 Prozent als Politologe bei der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) der Schweiz.



Prof. Dr. theol. Dr. phil. DD Thomas Schirmacher, Rektor des Martin Bucer Seminars, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er lehrt Ethik und Religionswissenschaft und ist Autor und Herausgeber von 81 Büchern. Er ist Geschäftsführer der Kommission für Religionsfreiheit der Deutschen und der Weltweiten Evangelischen Allianz und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Lebens- und Familienwissenschaften in Bonn.



Daniel Suter, Theologe MTh, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er arbeitete als Jugendprediger und Missionar unter Muslimen. Ab 2000 war er Parteisekretär der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) Kanton Zürich. Seit 2006 ist er Präsident der Zürcher Kantonalpartei und Geschäftsführer des Sekretariats. Er ist Dozent für Ethik am Martin Bucer Seminar Schweiz.



Nationalrat Markus Wäfler, Agro-Techniker HTL, ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. Er war von 2000 bis 2003 Zürcher Verfassungsrat und ist seit 2003 Nationalrat der EDU Kanton Zürich. Er ist Mitglied der Finanzkommission des Nationalrates.



Christ und Politik ist ein häufig diskutiertes Thema, manchmal auch kontrovers. Ausgewiesene Politiker und Theologen nehmen in 50 Antworten fundierte Stellung zu den Themenbereichen:

- > Was sind Politik und Staat?
- > Politik im Neuen Testament?
- > Politik oder Gemeinde, Evangelisation, Mission?
- > Politik in der Endzeit?
- > Sind Politik und Christsein vereinbar?
- > Ist christliche Politik möglich?
- > Ist christliche Politik etwas für mich und meine Gemeinde?

EDU+UDF

Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale